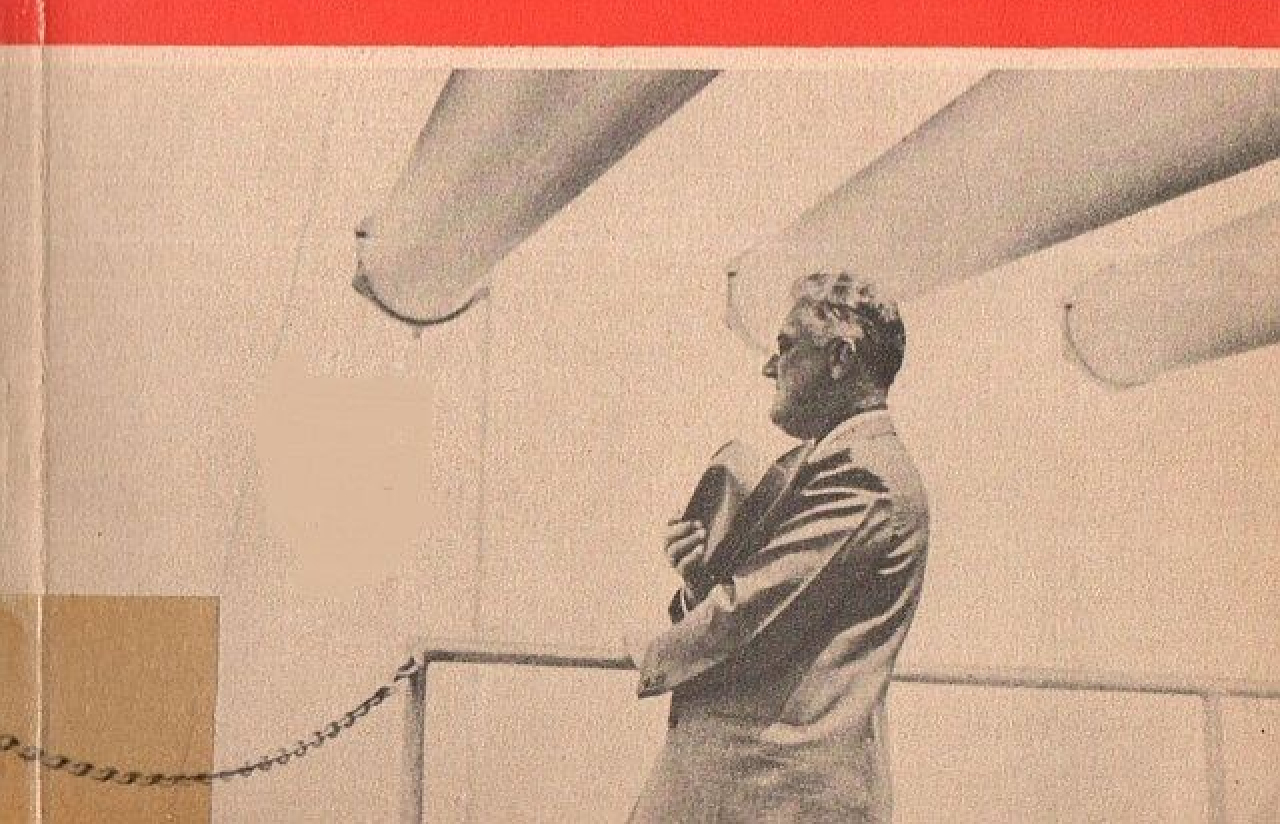
THEODOR SEIBERT

DAS AMERIKANISCHE RÄTSEL

Die Kriegspolitik der U.S.A. unter Roosevelt



Theodor Seibert

Das amerikanische Rätsel

Die Kriegspolitik der USA in der Aera Roosevelt



Berlin 1941

Zentralverlag der NSDAP. Franz Eher Nachf.

Inhalt

Bild-Dokumente

Es stellten zur Verfügung: The Associated Press (16); Sammlung Seiler (6); Weltbild (2); Scherl (1); Pacific Atlantic Photos (1); sämtlich in Berlin.

Druck: Deutscher Verlag, Berlin

Vorwort

Es war für den Festlandseuropäer nicht leicht, den Faden durch das Labyrinth der zeitgenössischen nordamerikanischen Außenpolitik zu finden. Allzuviel, was in den acht ersten Jahren der Aera Roosevelt geschehen ist, erschien uns widerspruchsvoll. Wir sahen schroffe Gegensätze zwischen den Beteuerungen von gestern und heute, zwischen Wort und Tat, zwischen Ziel und Weg. Wir beobachteten, daß der amerikanische Präsident die gleichen Erscheinungen, die er bei einem Teil der Völker öffentlich verdammte, bei einem anderen Teil nicht nur für entschuldbar, sondern sogar für selbstverständlich und rechtmäßig hielt. Ja, wir entdeckten, daß dieser erste Schildträger der demokratischen Weltordnung, dieser Vorkämpfer für Freiheit und Menschenrecht, selbst ein waschechter Autokrat ist, der diese innere Veranlagung nur notdürftig zu tarnen vermag.

Ueber all jene krausen Gegensätze hinweg und durch alle Verworrenheit hindurch aber war uns schließlich eines eindeutig klargeworden: Roosevelt-Amerika haßt die jungen revolutionären Bewegungen der sogenannten Alten Welt mit einer Inbrunst, die wahrhaft alttestamentarisch anmutet. Ueber den Atlantik schlägt uns eine Welle von Feindseligkeit entgegen, die um so seltsamer ist, als sie jeden sachlichen Anlaß, jeden vernünftigen außenpolitischen Grund vermissen läßt. Das USA-Volk scheint unter der Verantwortlichkeit des Präsidenten von der Zwangsvorstellung behext, daß die europäische Revolution früher oder später einen Ueberfall auf die „westliche Hemisphäre", d. h. auf die beiden Amerikas plane.

Nun pflegen vernünftige Menschen krankhafte Anfälle Fremder, die weit genug vom Schuß sind, nicht allzu tragisch zu nehmen. So geht es auch uns in diesem Falle. Zwischen uns und den sich so wild gebärdenden Yankees liegt der Atlantik, und dieser Ozean ist genügend breit und tief, um uns das

Gefühl vollständiger Sicherheit zu verleihen. Was über ihn hinwegzukommen vermag, ist unter allen Umständen zu wenig, als daß wir, gestützt auf unsere unangreifbare Festlandstellung, damit nicht fertig werden könnten. Was jetzt im Kriege herüberkommt, wird — „ob mit oder ohne Begleitung", wie der Führer angekündigt hat — torpediert und gebombt. Aber in einer anderen Hinsicht ist die Haltung der USA kriegswichtig, wenn auch nicht kriegsentscheidend: Sie wirkt kriegsverlängernd, denn sie ist der letzte Strohhalm, an den sich das Britentum klammert. Welches furchtbare Unglück Roosevelts Politik kleinen Völkern und Staaten bringt, haben in diesen Frühjahrstagen des Jahres 1941 Serben und Griechen erfahren. Roosevelt war es, der Jugoslawien letzten Endes den Todesstoß versetzt hat. Und deshalb fragen sich Millionen von Europäern, wie es zu dieser rätselhaften amerikanischen Haltung kam.

Wir werden nun in dieser kleinen Schrift, die aus einer Aufsatzreihe im „Völkischen Beobachter" entwickelt worden ist, versuchen, an Hand vorwiegend amerikanischer Quellen, rückschauend den Weg zu verfolgen, den die Außenpolitik der Vereinigten Staaten seit dem Amtsantritt Roosevelts gegangen ist. Es wird dabei unvermeidlich sein, sich eingehend mit der Person des Präsidenten zu befassen, denn Amerikas Weg in diesem Zeitraum war tatsächlich Roosevelts Weg, weit mehr als Amerikas Weg im Weltkrieg Wilsons Weg war. Franklin Roosevelt gehört, wenn auch im negativen, abbauenden Sinne, zu den Männern, die Geschichte machen. Woodrow Wilson, der Neurastheniker und Phantast, wurde weitgehend getrieben — Roosevelt, der herrische, aber auch geschickte Autokrat, treibt selbst.

Berlin, im April 1941.

Seibert.

1. Symbolische Herkunft

Adolf Hitlers Aufstieg aus dem tiefen Schoße seines Volkes herauf ist heute weltbekannt; Benito Mussolini kam aus dem Hause eines dörflichen Schmiedes. Winston Churchill ist der Sohn eines Lords aus dem Hause der Herzöge von Marlborough und einer nordamerikanischen Plutokratin; Franklin Delano Roosevelt ist der reiche Sprößling einer alten holländlich-englischen Familie, die zur USA-Aristokratie gehört. Dieses Woher der beiden Freundespaare ist aufschlußreich; es ist gewissermaßen symbolisch für die Welten, für die und um die sie kämpfen.

Der Führer und der Duce sind Politiker geworden aus höchstem Rettungstrieb und aus heißer Liebe zu ihren Völkern heraus. Churchill und Roosevelt kamen, wie so viele ihrer Standesgenossen, zur Politik aus familiärer Tradition und Lust an einem den Ehrgeiz befriedigenden Handwerk. Churchills Vater, Lord Randolph Churchill, war ein bekannter und berüchtigter Politiker der Jahrhundertwende; Franklin Roosevelts Onkel, Theodore Roosevelt, war von 1901 bis 1909 Präsident der Vereinigten Staaten. Churchill hat sich vorher in allen möglichen Berufen herumgetrieben; Roosevelt war im ursprünglichen Hauptberuf ein geschätzter New-Yorker Rechtsanwalt. Adolf Hitler und Benito Mussolini waren Arbeiter und Soldaten.

Roosevelt hat von Kindesbeinen an eine lebhafte Neigung für alles Englische gehabt, für Englands Märchen, seine politischen Ideale, seine „Magna Charta", seine Lords, seinen Parlamentarismus und seine sogenannte Pressefreiheit. Er kennt England selbst aus zahlreichen Reisen; Deutschland und Frankreich hat er gleichfalls besucht und spricht und liest etwas

Deutsch. Sein Englisch ist rein von Amerikanismen und amerikanischer Färbung. Er beherrscht zwar die amerikanischen politischen Schlagworte meisterhaft und versteht auf der amerikanischen Seele zu spielen wie kaum ein zweiter; aber sein inneres Wesen ist unamerikanisch, ist „neuholländisch", ist englisch. Auch seine Begeisterung für die Flotte, für große Schlachtschiffe besonders, kommt aus dieser Quelle. Während des Weltkrieges war er unter Woodrow Wilson Unterstaatssekretär des Marineministeriums gewesen, wo er sich lebhaft für die Vergrößerung der USA-Flotte einsetzte. Es ist nicht unwesentlich für das Bild des Mannes, daß er damals ein unbedingter Wilsonianer war, daß er dessen Liebe für einen Völkerbund teilte, und daß er auch nach seinem Rücktritt vom Amt der Wilson-Politik treu blieb, als diese von der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes und vom Parlament schon als Abirrung von der Monroe-Linie und Verstrickung Amerikas in europäische Angelegenheiten erkannt und abgelehnt wurde. Roosevelt, wie auch sein späterer Staatssekretär Hull, haben im Jahre 1919 heftig für die Zustimmung der Vereinigten Staaten zum Versailler Diktat gekämpft. Seine Abneigung gegen den Isolationismus, gegen eine rein amerikanische Politik, ist also recht alten Datums.

Auch seine Vorliebe für die Flotte und große Kriegsschiffe hat Roosevelt sich bewahrt. Er soll wie ein Kind gestrahlt haben, als im Januar 1941 der neue Britenbotschafter Lord Halifax auf dem nagelneuen Schlachtschiff „King George V." den Hudson heraufkam. Franklin Roosevelt hat sich, im Gegensatz zu vielen seiner amerikanischen Landsleute, innerlich nie ganz von Europa getrennt. Er bewundert die alten europäischen Traditionen und besonders das Leben und Gehaben der englischen Aristokratie. Für europäische Fürstlichkeiten hat er eine unverkennbare Schwäche. Er war auch der erste USA-Präsident, der einen englischen König nach Washington eingeladen hat.

Roosevelt ist in der Stadt und im Staate New York politisch groß geworden. Er war Gouverneur von New York, als er 1932 zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Auch dies ist

wichtig, denn New York ist nicht Amerika schlechthin, so wie London England und Paris Frankreich ist — New York ist ein Fremdkörper im amerikanischen Wesen, ist ein Stadtstaat, den der Durchschnittsamerikaner als unamerikanisch empfindet. New York ist die Stadt der Zugewanderten, das Babel der europäischen Emigration, in dessen Bevölkerung der Prozeß der Amerikanisierung noch nicht vollzogen ist. In New York liegt das riesige Negerviertel Harlem. Und New York ist vor allem eine große Judenstadt, die größte Judenstadt der Welt. Das Judentum ist mächtig und einflußreich in USA, nirgends ist es so mächtig und beherrschend wie in New York. In New York war es, wo sich jene Gruppe von Leuten um den ehrgeizigen, vornehmen Gouverneur zu scharen begann, die später unter dem Spitznamen „Roosevelts Gehirntrust" bekannt geworden ist, die Gruppe der Baruch, Frankfurter, Roseman, Morgenthau. Sie waren seine Ratgeber und Steigbügelhalter auf dem Weg zu seiner, zu ihrer Macht.

Franklin D. Roosevelt ist enorm ehrgeizig. Er soll es nicht immer gewesen sein. Man sagt, daß er in jungen Jahren der typische „junge Mann aus großem Hause" gewesen sei, ohne hervorstechende Eigenschaften, Talente und Ziele. Da befiel ihn, einige Zeit nach dem Weltkriege, ein ernstes Leiden, das eine schwere körperliche Behinderung hinterließ. Dieses persönliche Unglück scheint der Wendepunkt seines Lebens geworden zu sein, das „Trauma", das ihn unrastig gemacht und zu der fieberhaften Betriebsamkeit aufgestachelt hat, die wir heute an ihm kennen.

Das sind die wesentlichen Entwicklungsumstände des Mannes gewesen, der im Jahre 1933 Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde.

2. Erste außenpolitische Versuche

Als Roosevelt am 4. März 1933 die Lenkung der Geschicke der USA aus den Händen seines Vorgängers Herbert Hoover übernahm, hat er wohl kaum das klare Ziel gehabt, sich als ein Außenpolitiker von geschichtlichem Rang in die Annalen Amerikas einzuschreiben. Sein Ehrgeiz war auf ein anderes Gebiet gerichtet: Er wollte der große soziale und wirtschaftliche Reformator seines Landes werden. Sein beweglicher Geist war erfüllt von Plänen und Ideen, die auf die Niederbrechung der Vormachtstellung des „Big Business", des Großkapitalismus, hinausliefen, der Nordamerika immer wieder in riesige Wirtschaftskrisen gestürzt hatte und offenbar unfähig war, den Erfordernissen der Gegenwart gerecht zu werden. Der neue Präsident träumte von der Gewinnung der breiten Massen, träumte von einem Regiment, das man im alten Europa etwa als „Volkskaisertum" bezeichnet hätte.

Schon der Start aber stand unter einem ungünstigen Stern. Roosevelt trat sein Amt nur einen Monat nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland an. Das bedeutete für ihn folgendes: Im gleichen Augenblick, in dem er sich anschickte, das demokratisch-plutokratische System Nordamerikas zu reformieren, begann man hier in der Alten Welt, eine sozialrevolutionäre Lehre größten Ausmaßes in die Tat umzusetzen. In der gleichen historischen Stunde, in der drüben in USA ein Abkömmling und Angehöriger der kapitalistischen Klasse um die Gunst der breiten amerikanischen Volksmassen zu werben begann, hob herüben auf der anderen Seite des Atlantik ein Mann aus diesen breiten Massen das bisherige Gesellschaftssystem zielbewußt und unerbittlich aus den Angeln. Wohl lag ein ganzer Ozean, lagen grundverschiedene geschichtliche und wirtschaftliche Voraussetzungen zwischen beiden Unternehmungen; aber die Kunde von dem, was in Europa geschah, drang im Zeitalter des modernen Verkehrs doch laut genug übers große Wasser herüber, um Vergleiche zu ermöglichen, ja herauszufordern. Dazu kam, daß die revolutionäre Bewegung keineswegs auf Deutschland be-

schränkt war, sondern im Faschismus Italiens eine deutliche Parallele hatte und einst vielleicht ganz Europa zu erfassen vermochte.

Roosevelts innenpolitischer Weg war also von vornherein mit der Gefahr belastet, daß andere, fremde Staatsmänner ihm „seinen Donner zu stehlen" drohten. Man weiß aus persönlichen Aeußerungen des Präsidenten, daß er den deutschen Führer um seine „Vollmachten" und seine „Handlungsfreiheit" beneidete. Aber diese äußeren Wirkungen des Führertums waren auch das einzige, was er bemerkt und begriffen hatte. Im übrigen sah er nur die Begleiterscheinungen der beginnenden europäischen Revolution, über die die angelsächsische Judenpresse aus Leibeskräften zeterte; dafür sorgten schon seine New-Yorker jüdischen Freunde, die nun im Weißen Hause zu Washington ein- und ausgingen. Kein Wunder, daß schon die ersten außenpolitischen Taten dieses neuen Präsidenten eine deutliche Spitze gegen die jungen Mächte Europas aufwiesen.

Anfang März 1933 war der jüdisch beeinflußte Teil der nordamerikanischen Presse voll von Greuelberichten über die „ersten Judenverfolgungen", die angeblich in Berlin ausgebrochen waren. Unter dem Vorwand, daß auch Juden mit amerikanischen Pässen unter den Ausschreitungen gelitten hätten, wurde das Außenministerium in Washington bestürmt, bei der Reichsregierung zu protestieren. Minister Hull beschränkte sich aber darauf, vom amerikanischen Botschafter in Berlin einen Bericht einzufordern, und war dann von dessen Antwort, daß die deutschen Behörden den Schutz amerikanischer Juden zugesagt hätten, befriedigt. Nicht so die Hetzjuden von New York! Was sich damals hinter den Kulissen in Washington abspielte, haben zwei bekannte, dem Weißen Hause nahestehende Journalisten wenige Jahre später in ihrem Buch über die amerikanische Außenpolitik[1]) niedergelegt: „Die deutsche Antwort befriedigte Cordell Hulls Berufsdiplomaten, nicht aber die große jüdische Gruppe, die sich für die Wahl

---

[1]) „The American Diplomatic Game", von Drew Pearson und Constantin Brown, New York 1935.

Roosevelts bemüht hatte. Samuel Untermyer, der seinen Namen unter ansehnliche Schecks gesetzt hatte, als Jim Farley[1]) Gelder für das Demokratische Hauptquartier brauchte, protestierte energisch. Das gleiche tat Felix Frankfurter, einer der Gewaltigen hinter dem Gehirntrust. Professor Moley[2]) hörte zerstreut zu und verwies Frankfurter an den Oberrichter Brandeis. Außenminister Hull dagegen hörte aufmerksam zu."

Ende März, als neue Greuelgerüchte aus Berlin kamen, verschärfte der jüdische Klüngel seine Aktion. Hören wir wieder Pearson und Brown: „Der alte Henry Morgenthau, der zu einer Zeit, als noch niemand daran dachte, Roosevelts politischen Ehrgeiz ernst zu nehmen, 7000 Dollar für ihn gespendet hatte, machte eine empörte Reise nach Washington. Drei Entschließungen des Kongresses ermächtigten das Außenministerium, Vorstellungen in Berlin zu erheben." Eindeutiger als es in dieser Schilderung Roosevelt-freundlicher amerikanischer Augenzeugen geschieht, kann man die frühzeitige Einmischung der New-Yorker Juden, die Roosevelts ersten Wahlfeldzug finanziert hatten, in die Außenpolitik des neuen Präsidenten wohl kaum darstellen.

Es ist aufschlußreich, solche frühen amerikanischen Stimmen mit dem Eindruck zu vergleichen, den später ein Ausländer über das Verhältnis Roosevelts zum Judentum gewonnen hat. Im Geheimbericht des polnischen Botschafters in Washington, Graf Potocki, vom 12. Januar 1939 an die Warschauer Regierung heißt es: „An dieser Aktion[3]) haben die einzelnen jüdischen Intellektuellen teilgenommen, z. B. Bernard Baruch, der Gouverneur des Staates New York Lehmann, der neuernannte Richter des Obersten Bundesgerichts Felix Frankfurter, der Schatzsekretär Morgenthau und andere, die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind. Sie

---

[1]) Roosevelts Wahlmacher.

[2]) von Hulls Außenamt.

[3]) Gegen den Führer und die deutsche Politik.

wollen, daß der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte, der Religions- und Wortfreiheit wird, und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen. Diese Gruppe von Leuten, die die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung einnehmen und die sich als die Vertreter des ‚wahren Amerikanismus' und als ‚Verteidiger der Demokratie' aufspielen, sind im Grunde doch durch unzerreißbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden. Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge hat, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen ‚idealsten' Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein ganz genialer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Herd für Haß und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und die Welt in zwei feindliche Lager geteilt." Potockis ungeschminkter Geheimbericht beweist, daß der jüdische Einfluß auf den Präsidenten im Jahre 1939 noch mächtiger geworden war.

Der neue Präsident wäre durchaus in der Lage gewesen, die wüste Hetze der amerikanischen Presse gegen das neue Deutschland einzudämmen. Er hat niemals den leisesten Versuch dazu gemacht. Er hinderte auch weder die schikanöse Zollpolitik der Bundesbehörden gegen den deutschen Handel, noch löste er in Berlin seinen Botschafter Dodd ab, dessen Haus — ebenso wie das des Britenbotschafters Phipps — ein Treffpunkt zukünftiger Emigranten und eine wahre Greuelbörse war; was die Mowrer und Knickebocker schrieben, stammte großenteils aus diesen Häusern. Präsident Roosevelt gab sich zu keiner Zeit und auf keinem Gebiet Mühe, die deutsch-amerikanischen Beziehungen, die unter der Präsidentschaft Hoovers gut gewesen waren, zu pflegen, während er mit London und Paris enge Fühlung hielt. Schon damals gehörte der britische Botschafter — Sir Ronald Lindsays Frau war eine Schulfreundin von Frau Roosevelt — zu den Intimen des Weißen Hauses. Und schon vor seinem Amtsantritt schickte der Präsident seinen Freund Bullitt, der später eine so große Rolle in der Vorgeschichte des englischen Krieges spielen sollte, auf eine Erkundungsfahrt nach Europa.

Als Ergebnis dieser Bullitt-Reise empfing Roosevelt dann in seinen ersten Präsidentschaftstagen den Besuch zweier prominenter Sendboten der Westmächte, des britischen Premierministers MacDonald und des französischen Oberdemokraten Edouard Herriot. Diese Besuche waren vielsagend und, wie wir heute wissen, zukunftsträchtig: Nachdem Roosevelt die Abrüstungspläne des alten, persönlich gutwilligen MacDonald angehört und gebilligt hatte, fiel er unmittelbar hinterher, nachdem ihm Herriot zugesetzt hatte, prompt um. Pearson und Brown schilderten die Besprechung mit dem Franzosen wie folgt: „Roosevelt kannte Frankreich, er verstand sein Werben um Sicherheit und hatte volle Sympathie, als Herriot ihm von Deutschlands geheimen Waffenlagern erzählte. Roosevelt bekundete aufrichtige Beunruhigung darüber, und Herriot nutzte diese Gelegenheit weidlich aus. Er schilderte im einzelnen den Bericht des französischen Generalstabs über die deutschen Waffenfabriken im Ausland, die in der Schweiz, in Holland und Rußland in 24-Stunden-Schichten arbeiteten. Er erzählte von den gewaltigen Anstrengungen der deutschen elektrischen und chemischen Laboratorien, neue Zerstörungsmittel zu entwickeln. Er erzählte alle haarsträubenden Geschichten über Deutschland, die ihm nur einfielen, und ließ der Phantasie keinen Spielraum mehr... Roosevelt war nun durchaus in Stimmung, an der Bewahrung des Weltfriedens mitzuarbeiten. Das Programm, das er Herriot darlegte, hob sich scharf von der internationalen Schaukelpolitik seines Amtsvorgängers Herbert Hoover ab und sah nicht nach Milch und Wasser aus. Roosevelt war vor allem bereit, den Konsultativ-Pakt anzunehmen, mit dem London gar nicht einverstanden war. Er war bereit, unter gewissen Umständen die traditionelle amerikanische Politik der Freiheit der Meere aufzugeben. Und schließlich — und das war vom französischen Standpunkt wohl das wichtigste — begünstigte er ein amerikanisches Waffenausfuhrverbot gegenüber jeder Nation, die zum Angreifer (Aggressor) erklärt werden würde. Das war schon beinahe eine Art von Bündnis und damit genau das, was Frankreich wollte. Herriot war entzückt." Als er abreiste, schenkte ihm der Präsident

sein Bild mit der eigenhändigen französischen Widmung: „A mon ami, Edouard Herriot. Vive l'amitié Franco-Américaine"[1]).

Bald darauf verkündete denn auch Roosevelts Sonderbotschafter Davis auf der Abrüstungskonferenz in Genf, daß die amerikanische Regierung die französische Forderung nach einer internationalen Rüstungskontrolle billige. Und Mitte Mai kam der Präsident selbst mit einem Abrüstungsplan heraus, der zwar dem Schein nach dem MacDonald-Plan zustimmte, praktisch aber die französische Abrüstungs-Sabotage voll deckte. Das geschah vor allem durch die Bestimmung, daß keine Nation ihre Rüstung über die „Vertragsgrenzen" hinaus steigern sollte. Der amerikanische Präsident hielt also an den skandalösen Rüstungsbestimmungen von Versailles fest. „Roosevelt", so erklären Pearson und Brown in ihrem Buch, „hatte die französische These fast hundertprozentig unterstützt. Herriot und Frankreichs Außenminister Paul Boncour strahlten, die französische Presse war begeistert und kündigte ganz offen eine gemeinsame Front Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten gegen Deutschland an."

Seit den Tagen von Versailles hatte Frankreich um die Bundesgenossenschaft der USA gegen Deutschland ohne Erfolg gebettelt, und in den letzten zwölf Jahren republikanischer Parteiherrschaft in Washington war der alte Pariser Traum ferner denn je gerückt. Amerika war isolationistisch geworden. Daß nun der neue demokratische Präsident gleich in seiner Anfangszeit mit vollen Segeln ins französische Fahrwasser lief, hat einen tiefen und bleibenden Eindruck auf die Franzosen gemacht und sie, mehr als alles andere, zu der Halsstarrigkeit verführt, die dann im April 1934 in der endgültigen Zertrümmerung des Abrüstungsgedankens durch den Außenminister Barthou gipfelte.

Nicht minder verheerend war Roosevelts Haltung während der Weltwirtschafts-Konferenz, die im Frühsommer 1933 in London tagte. Alles hing davon ab, ob die USA als größte Gläubiger- und Goldmacht bereit waren, in eine Herabsetzung

---

[1]) „Meinem Freund Edouard Herriot. Es lebe die französisch-amerikanische Freundschaft!"

der Kriegsschulden und eine Währungsstabilisierung einzuwilligen. Zwei Tage lang warteten die Sendboten der ganzen Welt in London in atemloser Spannung auf den Spruch des Weißen Hauses. Als er endlich kam, war es ein in tadelnde Worte gehülltes Nein! MacDonald, Britanniens Premierminister und Präsident der Konferenz, kennzeichnete Freunden gegenüber Roosevelts Antwort mit folgenden Worten: „Wenn ein Mann etwas sagt, was einem nicht paßt, und er sagt es auf eine angenehme Weise, so kann man ihm wenigstens antworten. Wenn einer aber auf eine unangenehme Weise nichts sagt, dann gibt es keine Antwort." Die Enttäuschung war riesig.

Die ersten außenpolitischen Gehversuche des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten hatten also nur Schaden gebracht und die europäische Reaktion, die zu jener Zeit in erster Linie durch Frankreich verkörpert wurde, in ungeahnter Weise gestärkt. Selbst im amtlichen London empfand man die damalige Haltung des amerikanischen Präsidenten als ein Hindernis für die Anbahnung friedlicherer Zustände und Stimmungen in Europa. Dabei ist zu berücksichtigen, daß damals in London Männer wie MacDonald und Simon den Ton angaben, während die stets fanatisch deutschfeindliche Churchill-Gruppe noch völlig abseits stand und von den verantwortlichen Politikern des Landes nicht ernst genommen wurde.

Das Mißvergnügen der MacDonald-Briten hat Roosevelt wohl wenig gestört. Umso mehr aber beunruhigte ihn die Beobachtung, daß seine ersten Taten und Unterlassungen auf dem Feld der auswärtigen Politik in den Vereinigten Staaten selbst auf mißtrauische Ablehnung stießen. Ein Teil der Presse, vor allem die Blätter der Hearst-Gruppe, sagten rund heraus, daß der Präsident auf die Weltkriegslinie Wilsons eingeschwenkt sei, und auch im Kongreß zeigte sich besorgte Unruhe. Am meisten aber traf Roosevelt der berechtigte Vorwurf, daß er den europäischen Westmächten große Zugeständnisse gemacht habe, ohne dafür irgend etwas einzutauschen, was für die Vereinigten Staaten nützlich gewesen wäre.

Der Präsident hielt es deshalb nach eingehender Rück-

sprache mit seinen Beratern vom Außenministerium für zweckmäßig, eine volle Schwenkung zu vollziehen und fast alles zurückzunehmen, was er soeben den Franzosen teils öffentlich, teils privat zugesagt hatte. Sonderbotschafter Davis erhielt den Auftrag, vor der Genfer Abrüstungskonferenz folgende Erklärung abzugeben: „Wir sind hier in Genf lediglich für Abrüstungszwecke versammelt. An der politischen Seite der Sache — und überhaupt an den rein europäischen Angelegenheiten — sind wir nicht interessiert. Wir erklären aufs Neue, daß wir auf keine Weise an irgendeine europäische Macht gebunden sind. Ob die Bedingungen zur Fortsetzung der gegenwärtigen Abrüstungsbemühungen günstig sind oder nicht, das ist eine Frage, die jetzt von Europa entschieden werden muß, und nicht von den Vereinigten Staaten."

Kurz, Roosevelt zog seine außenpolitischen Fühlhörner schleunigst ein, als er die isolationistische Grundstimmung seines Volkes noch zu stark fand. Mit doppeltem Eifer warf er seine ganze Energie nun auf die Innenpolitik und begann sein großes wirtschaftliches Reformwerk.

3. Der Irrweg des New Deal

Roosevelts Amtsvorgänger, die drei republikanischen Präsidenten Harding, Coolidge und Hoover, hatten im wesentlichen auf dem Standpunkt gestanden, daß die Wirtschaftskrisen der Nachkriegszeit, und insbesondere die große Krise von 1929, mehr oder minder normale Erscheinungen der herrschenden internationalen Wirtschaftsordnung darstellten und sozusagen „von selbst" auf „natürlichem" Wege überwunden werden würden. Roosevelt war der erste, der einigermaßen klar erkannte, daß das System selbst faul war, daß es erheblicher staatlicher Eingriffe bedürfe, um Amerikas Wirtschaft den Geboten der Zeit anzupassen. Und zu solchen staatlichen Eingriffen war er entschlossen. In welcher theoretischen Richtung er die Heilung suchte, kennzeichnet folgende Aeußerung

Tugwells, eines seiner Berater vom „Gehirntrust": „Wenn wir keine Kaufkraft haben, fehlt uns alles. Wenn wir sie haben, besitzen wir alles wirklich Wertvolle, wirkliche Prosperität. So etwas erwirbt man zwar nicht durch magische Rezepte, wie viele Leute anzunehmen scheinen, aber es ist auch kein undurchdringliches Geheimnis, vor dem menschlicher Wille versagen müßte. Es bleibt nur eines zu tun — man muß das Geld dort hernehmen, wo es ist, und es da hintun, wo es sein sollte. Das bedeutet, daß das einzige Heilmittel in der brutalen und unerbittlichen Besteuerung der Reichen liegt, in einer sehr großzügigen Verteilung des Wohlstandes seitens der Regierung an diejenigen Verbraucher, die ihr Geld zu nützlichen Käufen verwenden und damit die stillstehende Maschine von neuem in Gang bringen, die ihre eigenen Verdienstmöglichkeiten und ihre Kaufkraft neu schaffen. Anstatt unsere Erfindungsgabe auf finanzielle Fragen zu verschwenden, sollten wir die Kaufkraft wieder herstellen."[1])

Die beiden Hauptstücke des praktischen Reformprogramms, das unter der Fahne des „New Deal" segelte, hießen AAA und NIRA, Agricultural Adjustment Act und National Industry Recovery Act, auf deutsch „Gesetz zur Gesundung der Landwirtschaft" und „Gesetz zur Wiederherstellung der Nationalen Industrie". Den Begriff des „New Deal" selbst — ein für Roosevelt typisches politisches Schlagwort — kann man sinngemäß etwa mit „Neue Soziale Gerechtigkeit" übersetzen. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, wenn wir die umfangreichen und komplizierten Gesetzeswerke des New Deal hier im einzelnen darstellen wollten; wir können uns das auch deshalb ersparen, weil die politische Reaktion in Parlament und Wirtschaft den New Deal so weit durchlöchert hat, daß er heute praktisch keine Rolle mehr spielt. Es genügt zu wissen, daß es Roosevelt zunächst gelang, die Zustimmung der Volksvertretung für eine Reihe von einschneidenden und für Amerika neuartigen Maßnahmen zu erhalten, wie die Unterstützung der Arbeitslosen, die Altersversorgung, die Unterstützung des ver-

---

[1]) Zitiert nach Rudolf Lank, „USA in Not und Ueberfluß", Berlin 1939.

elendeten Farmertums, die Besserung der Hungerlöhne, die Rettung der vor dem Bankerott stehenden Handelshäuser und Firmen, die Sanierung der Banken. Und die Statistik jener frühen Roosevelt-Jahre zeigt auch, daß der erste Anlauf Früchte zeitigte. Die Arbeitslosigkeit ging zurück, die Zahl der geschäftlichen Zusammenbrüche sank, das Einkommen der Farmer wuchs und der Erzeugungsindex der Industrie desgleichen.

Um so unbegreiflicher erscheint es, daß der Präsident nicht auf diesem Wege beharrte, sondern sich dem mehr und mehr wachsenden Widerstand des „Big Business", der kapitalistischen Reaktion beugte. Diese wagte zwar nicht, das Reformwerk Roosevelts offen und frontal anzugreifen; sie verschanzte sich aber hinter die Verfassung und spielte die verbrieften Rechte des Kongresses und der Bundesstaaten gegen den Präsidenten und Washington aus. Ihr Hauptwerkzeug wurde der Oberste Bundesgerichtshof, der in den Jahren 1935 und 1936 die wichtigsten Stücke der AAA und der NIRA als verfassungswidrig verurteilte. Der Präsident hat eine Zeitlang mit dem Gedanken gespielt, den Verfassungskampf aufzunehmen und den Bundesgerichtshof durch Einsetzung New-Deal-freundlicher neuer Mitglieder seinen Zielen gefügig zu machen. Es blieb bei der guten Absicht — Roosevelt kapitulierte.

Die Gründe für dieses Versagen des Präsidenten, der mit so großem Schwung und Lärm ans Werk gegangen war, sind unschwer zu erkennen und lassen sich auf eine einzige Formel bringen: Roosevelt war kein sozialer Revolutionär, sondern ein demokratisch-kapitalistischer Reformer. Aber auch dem Reformwerk selbst fehlten entscheidende Züge für den Dauererfolg. Ein Beispiel: Es gelang ihm zwar, eine allgemeine Hebung der Löhne durchzusetzen, aber er verhinderte nicht, daß die Industriekapitäne nach bewährter kapitalistischer Methode diese Mehrkosten auf die Verbraucher abwälzten; es fehlte der Preisstop. Die Folge davon war, daß die großen Summen, die der Staat durch Unterstützungen, Renten und Staatsaufträge in die Wirtschaft pumpte, keine anhaltende Hebung der Kaufkraft und damit keine dauernde Produktions-

steigerung herbeizuführen vermochten. Das Großkapital versäumte natürlich nicht, diesen Mißerfolg propagandistisch auszunutzen und der Regierung nutzlose „Verschwendung" von Staatsgeldern vorzuwerfen.

Selbst ein Kapitalist und umgeben von Kapitalisten, brachte Roosevelt nicht den Mut und die Ueberzeugungskraft auf, den Gedanken der Volksgemeinschaft auch in der Wirtschaftspolitik zur tragenden Staatsidee zu machen und, gestützt auf sie, den Widerstand der Plutokratie zu brechen. Fast 25 Millionen Menschen bezogen auf Grund der Rooseveltschen Sozialgesetzgebung staatliche Unterstützung, und doch vermochte der Präsident nicht, diese gewaltige, ihm ergebene Anhängerschaft politisch nutzbar zu machen und als Sturmbock gegen die Reaktion einzusetzen. Vor allem aber fehlte jeder Ansatz zu einer großzügigen und weitschauenden staatlichen Wirtschaftsplanung. Schon 1937 kehrte deshalb die Krise in ihren altvertrauten Formen zurück: Die Arbeitslosenzahlen wuchsen rapide an, der Erzeugungsindex sank auf die Stufe von 1933, der New Deal wurde immer deutlicher zur Inflation.

Auch von der Seite des Außenhandels her erfuhr Roosevelts Wirtschaftspolitik keine Entlastung. Der leitende Kopf auf diesem Felde war nicht der Präsident selbst, sondern sein Außenminister Hull, dessen Außenhandelspolitik ebenso reaktionär war, wie sich Roosevelts New-Deal-Politik fortschrittlich gab. Alle früheren amerikanischen Regierungen hatten eine reine Schutzzollpolitik getrieben — Hull aber entdeckte im Jahre 1934 plötzlich die Segnungen des Freihandels altenglischen Gepräges! Zur gleichen Zeit, in der überall der Welthandel alten Stils zusammenbrach und die meisten Nationen mit allen Kräften der Autarkie, d. h. der wirtschaftlichen Selbstgenügsamkeit zustrebten, predigte der Greis im Außenamt zu Washington den Abbau der Zollmauern und bot Meistbegünstigungsverträge an. Er machte kein Hehl daraus, daß es ihm dabei in erster Linie auf die Steigerung der nordamerikanischen Ausfuhr ankam, und tatsächlich ist es ihm in den Jahren 1934—1939 gelungen, eine Reihe von Handelsverträgen abzuschließen und die Ausfuhr der USA von 2,1

auf 3,1 Milliarden Dollar zu steigern, während die Einfuhr sich nur von 1,7 auf 2,3 Milliarden erhöhte. Der Ausfuhrüberschuß von rund 800 Millionen Dollar im Jahr ist aber der amerikanischen Wirtschaft nicht oder nur in geringem Maße zugute gekommen. Denn er hat lediglich den Goldzustrom erhöht, der volkswirtschaftlich so wertlos ist, daß die amerikanische Regierung ihre ungeheueren Goldschätze — sie besitzt heute 70 v. H. des Goldbestandes der Welt — „sterilisieren", d. h. in den Keller legen muß.

Auch die Außenhandelspolitik der Roosevelt-Regierung trug dazu bei, das deutsch-amerikanische Verhältnis zu verschlechtern. Cordell Hull empfand es nämlich als höchst störend, daß das Deutsche Reich für seine verstaubte Freihandelsparole kein Verständnis zeigte, daß es eisern die Politik des zweiseitigen Güteraustausches fortsetzte und durch das Verrechnungssystem auch die Entthronung des Goldes förderte. Hull weigerte sich deshalb beharrlich, mit Deutschland ein Meistbegünstigungsabkommen einzugehen, zum schweren Schaden des amerikanischen Farmers, dessen Weizen- und Baumwollernten unverkäuflich blieben. Daß Cordell Hull, der anfangs mit Roosevelts feindseliger Politik gegen die Achsenmächte Europas keineswegs einverstanden war und mitunter deutlich bremste, schließlich völlig auf die Linie seines Meisters einschwenkte, dürfte weitgehend auf den Mißerfolg seiner Handelspolitik zurückzuführen sein, den er den neuen deutschen Methoden zuschrieb.

Man muß sich nun einmal ausmalen, was es für einen politischen Streber wie Roosevelt bedeutete, daß in den gleichen Jahren, in denen seine eigenen Experimente Stück für Stück scheiterten, drüben in Europa die revolutionäre Sozial- und Wirtschaftspolitik Adolf Hitlers von Erfolg zu Erfolg schritt; daß in USA — um nur eine Zahl zu nennen — das Arbeitslosenheer auf 13 bis 14 Millionen anwuchs, in Deutschland aber gänzlich verschwand! Rein theoretisch hätte der Präsident zwar die Möglichkeit gehabt, aus den Erfahrungen Europas zu lernen und den Versuch zu machen, „faschistische" Methoden auf sein eigenes Land, wenn auch nicht buch-

stäblich, so doch sinngemäß zu übertragen. Praktisch bestand diese Möglichkeit jedoch nicht, denn Roosevelt war und blieb innerlich dem demokratischen Kapitalismus verhaftet und deshalb genau so wie Churchill unfähig, brauchbare Anleihen aus dem politischen Gedankengut der europäischen Revolution zu machen. Die weitverbreitete Erklärung, daß das USA-Volk für eine wirkliche Revolution noch nicht „reif" gewesen sei, halten wir für falsch; denn ein echter, genialer Revolutionär schafft sich eben die Plattform für die Erfüllung seiner geschichtlichen Sendung, wie groß die Widerstände auch sein mögen. Das dürfte der Führer in seinem Kampf gegen eine Welt von inneren und äußeren Feinden klar genug bewiesen haben. Ueberdies hatte das amerikanische Volk in seiner tiefen Enttäuschung über die Tatenlosigkeit der republikanischen Regierungen Franklin Roosevelt anfänglich ein gewaltiges Kapital von Vertrauen entgegengebracht, das sogar noch für die zweite Präsidentschaftswahl ausreichte, obwohl damals im Herbst 1936 die Politik des „New Deal" schon so gut wie gescheitert war. Mit diesem Vertrauensschatz und im Besitz der unerschöpflichen wirtschaftlichen Hilfsquellen Nordamerikas hätte ein wahrer Revolutionär Ungeheueres zu leisten vermocht.

Roosevelt zog andere Schlüsse aus jenem peinlichen Vergleich seiner Mißerfolge und der nationalsozialistischen Erfolge. Er suchte in der europäischen Revolution den Sündenbock und den Blitzableiter für sein Versagen. Bald nach dem ersten Urteilsspruch des Obersten Bundesgerichts gegen den New Deal begann der Präsident eine rasch eifriger werdende außenpolitische Tätigkeit zu entfalten und die Augen seines Volkes von den inneren Nöten auf angebliche äußere Gefahren abzulenken. Zwar gab er sich den Anschein, als ob es sein einziges Ziel sei, dem USA-Volk die Beteiligung an einem neuen europäischen Kriege zu ersparen, noch redete er vorwiegend vom Schutz der amerikanischen Neutralität — aber die berühmte „Quarantäne-Rede" von Chikago am 5. Oktober 1937 enthüllt zum erstenmal eindeutig seine wirkliche Blickrichtung.

4. Im Rampenlicht der „Neutralität“

Zwei Gründe waren maßgebend, als Roosevelt um das Jahr 1937 seinen Kurs von der inneren Reform auf eine sehr lebhafte Außenpolitik umsteuerte: das Scheitern des New Deal als Stimmungsfaktor und die Notwendigkeit, auf irgendeine Weise das wieder in Krisenzustand geratene Wirtschaftsleben anzukurbeln. Wenn es ihm gelang, so rechnete der Präsident, die Aufmerksamkeit des Volkes vom Versagen seiner Innenpolitik auf drohende äußere Gefahren abzulenken, dann festigte er nicht nur die Stellung seiner Regierung, sondern vermochte auch gleichzeitig, den Kongreß zur Hergabe großer Summen für die Aufrüstung zu gewinnen und damit der Nationalwirtschaft einen erheblichen Auftrieb zu geben.

Das große Hindernis für diesen neuen Kurs aber war die heftige Abneigung des amerikanischen Volkes, sich wieder wie 1917 mit Geld und Gut und womöglich sogar wieder mit Blut und Leben in den Strudel der überseeischen Wirren hineinreißen zu lassen. Der sogenannte Isolationismus stand in voller Blüte und die volkstümliche Parole hieß Neutralität. Trotz emsigster Bemühungen der anglo-jüdischen Agitation war es in jener Zeit auch noch keineswegs geglückt, den gesunden Sinn des USA-Volkes mit dem Schlagwort zu vernebeln, daß der „Imperialismus“ der europäischen „Diktatoren“ nicht nur Europa erobern wolle, sondern auch die „Westliche Hemisphäre“ zu beherrschen wünsche. Solange das Gefühl der Bedrohung amerikanischen Bodens aber fehlte, waren auch die Riesensummen für eine Aufrüstung größten Stils nicht locker zu machen und der Wirtschaftskrise nicht beizukommen.

Auf diese Lage hatte der Präsident Rücksicht zu nehmen; nur Schritt für Schritt konnte er hoffen, das Staatsschiff in die von ihm gewünschten Bahnen zu lenken. Roosevelt hat damals vermutlich im stillen eine Politik auf lange Sicht entworfen, die in drei Etappen abrollen sollte:

1. Abwehr der Bedrohung, der Amerikas machtpolitische

und wirtschaftliche Interessen im Raume des Stillen Ozeans angeblich von Seiten Japans ausgesetzt waren.

2. Abwehr der Gefahren, die Süd- und Mittelamerika angeblich sowohl von Asien wie von Europa her drohten.

3. Abwehr der Anschläge, mit denen der angebliche Weltherrschaftstraum der totalitären europäischen Mächte und insbesondere Deutschlands ganz Amerika bedrohte.

Für die erste dieser drei Etappen durfte der Präsident auf weitgehendes Verständnis der amerikanischen Oeffentlichkeit hoffen, da der Aufstieg Japans zu einer modernen Großmacht seit Jahrzehnten vom nordamerikanischen Volk mit Mißtrauen verfolgt worden war, und zwar auch von den Kreisen und Schichten, die für eine Einmischung der USA in europäische Angelegenheiten nicht zu haben waren. Eine antijapanische Politik war also in gewissem Umfange wirklich „populär", und Widerstände waren nur von den Kapitalistengruppen zu erwarten, die an den weitläufigen japanisch-amerikanischen Handelsbeziehungen verdienten.

Erheblich schwieriger war es für den Präsidenten schon, die öffentliche Meinung von den Gefahren zu überzeugen, die Süd- und Mittelamerika drohen sollten. Denn der Durchschnitts-Yankee war nüchtern genug, einen Angriff Japans über den Stillen Ozean herüber und einen gleichzeitigen Angriff Deutschlands und Italiens quer über den Atlantik gegen den Südteil der „Westlichen Halbkugel" für einen Kinderschreck zu halten. Dazu kam, daß die lateinamerikanischen Staaten selbst deutlich zu verstehen gaben, daß sie sich weniger von den „Diktaturen" als vom sogenannten Yankee-Imperialismus bedroht fühlten, der ihnen zwar viele schöne Versprechungen machte, wirtschaftlich aber auf die Dauer die altbewährten Handelsbeziehungen der lateinamerikanischen Länder mit Europa nicht zu ersetzen vermochte. Obwohl die nordamerikanisch-jüdische Propaganda eine riesige Agitation in den südamerikanischen Ländern entfaltete und Roosevelts Schatzamt mit Anleihen und Trinkgeldern nicht sparte, brachte keine der panamerikanischen Konferenzen, die Roosevelt zusammentrommelte, das in

Washington erhoffte große Ergebnis eines allamerikanischen Schutz- und Trutzbündnisses gegen die „Bösen" von Uebersee.

Das weitaus schwerste aber war die Gewinnung des amerikanischen Volkes für eine aktive Einmischungspolitik in Europa. Der Präsident stellte diesen dritten und wichtigsten Programmpunkt deshalb vorläufig ganz zurück — ja, er begann mit Verbeugungen vor dem Isolationismus und gab sich den Anschein, als ob die Bewahrung Amerikas vor einer Verstrickung in die europäischen Wirren das eigentliche, letzte Ziel seiner Politik sei. Roosevelt wurde Vorkämpfer der amerikanischen „Neutralität". Schon im August 1935, als er das erste Neutralitätsgesetz schuf, das die Waffenausfuhr an Kriegführende verbot, legte er sich eindeutig im Sinne der Neutralität fest: „Ich habe dieser gemeinsamen Beschlußfassung des Kongresses zugestimmt, weil sie als Ausdruck des bestimmten Wunsches der Regierung und der Bürger der USA dazu bestimmt war, jede Handlung zu vermeiden, die uns in einen Krieg verwickeln könnte. Unsere Absicht ist völlig eindeutig ..." Ein halbes Jahr später erklärte der Präsident in seiner Neujahrsbotschaft an den Kongreß vom 3. Januar 1936: „Vor allem lehnen wir es ab, zur Durchführung eines Krieges dadurch zu ermutigen, daß wir den Kriegführenden erlauben, Waffen, Munition und Kriegsmaterial von den Vereinigten Staaten zu erlangen." Bei der Verlängerung des Waffenausfuhrverbots von 1935 bestätigte er der Volksvertretung am 29. Februar 1936 nochmals feierlich, daß dieses Gesetz ein „endgültiger Schritt" zur Aufrechterhaltung der amerikanischen Neutralität gewesen sei.

Noch grotesker liest sich angesichts der späteren Haltung der USA-Regierung die Erklärung, die Außenminister Hull am 17. Januar 1936 vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten abgab: „Wir können nicht verstehen, wie ein Neutraler planmäßig das Feuer und die Flammen eines Krieges schüren helfen kann durch direkte Belieferung Kriegführender mit wesentlichen Materialien. Er hilft dadurch nicht nur, den Krieg fortzuführen, sondern ihn unabsehbar in die Länge zu ziehen. Niemand weiß besser als wir, daß mit jedem Tag, um den der Krieg verlängert wird, die Gefahr einer Ausbreitung

wachsen würde, zugleich mit der erhöhten Gefahr, daß wir hineingezogen werden... Das Neutralitätsgesetz beruht auf der Ansicht, daß, wenn unser Land die Basis für militärische Vorräte für irgendeinen Kriegführenden würde, die Tendenz bestünde, eine Atmosphäre der Unneutralität zu schaffen und letzten Endes zu helfen, uns in den Krieg hineinzuzerren."

„Wir sind insofern Isolationisten", erklärte Roosevelt selbst noch im August 1936 in seiner Wahlrede von Chautauqua, „als wir versuchen, Amerika vollständig gegen einen Krieg zu isolieren. Ich hasse den Krieg. Ich wünschte, ich könnte ihn von allen Nationen fernhalten, aber das geht über meine Kräfte. Ich kann jedoch dafür sorgen, daß keine amerikanische Handlung einen Krieg hervorruft oder ihn fördert." Das verkündete der gleiche Mann, dessen Haltung im Jahre 1939 England und Frankreich letzten Endes zur Kriegserklärung an Deutschland ermutigte, der gleiche Mann, der schließlich durch seine Politik der Englandhilfe als einziger den europäischen Krieg verlängerte.

Aber er sagte damals in Chautauqua noch mehr: „Wenn in einem andern Erdteil Krieg ausbrechen sollte, so werden sich in Amerika Tausende von Leuten finden, die auf der Suche nach direktem Reichtum — nach dem Narrengold — darauf ausgehen werden, unsere Neutralität zu zerstören oder zu umgehen. Sie werden Euch erzählen, daß, wenn sie dies und das erzeugen und an die Kriegführenden verschiffen könnten, alle Arbeitslosen in Amerika Arbeit finden würden. Sie werden Euch erzählen, daß, wenn sie den Kriegführenden Kredite eröffnen dürften, diese Kredite in den Vereinigten Staaten zum Bau von Häusern und Fabriken und zur Zahlung unserer Schulden verwandt würden." Wenig später hat sich Roosevelt selbst zu diesen bösen Leuten gesellt und ist ihr Führer geworden.

Der Präsident hat später, als er sein eigenes Neutralitätsgesetz bekämpfte und um seine Abschaffung rang, die Erklärung abgegeben, daß er 1935 einen „Fehler" gemacht habe und daß er das Gesetz bereue, weil es „mit der wahren, traditionellen amerikanischen Neutralität unvereinbar" sei. Das ändert aber nicht das geringste an der Tatsache, daß Roosevelt und

Hull in den Jahren 1935 und 1936 klar und richtig vorausgesagt haben, wohin die Politik der Kriegsgewinnler die Vereinigten Staaten notwendig führen mußte: zur Unneutralität und in den Strudel des Krieges.

Schon im Jahre 1937 wurde die Schwenkung auch öffentlich vollzogen: Zunächst ließ Roosevelt das Neutralitätsgesetz dahin abändern, daß der Präsident aus eigenem Ermessen bestimmen durfte, ob zwei Staaten sich im Kriegszustand gegeneinander befänden oder nicht. Diese unscheinbar aussehende Aenderung war nicht unwichtig, da in der Zeit nach dem Weltkriege wiederholt Kriege ohne förmliche Kriegserklärung begonnen worden waren. Roosevelt dachte wohl auch, als er die Aenderung durchsetzte, an die Möglichkeit eines neuen Genfer Sanktionskrieges gegen „Angreifer"-Mächte, der als „Polizei-Aktion" ausgegeben werden konnte und ihm eine einseitige Waffenlieferung an die Hüter der internationalen Moral gestatten würde.

In der „Quarantäne-Rede" vom 5. Oktober 1937 zu Chikago endlich unterschied der Präsident zum ersten Male vor aller Welt zwischen „friedliebenden" und „Aggressor"-Nationen. Zum erstenmal warf er Japan, Italien und Deutschland in einen Topf, obwohl das Reich bis zu diesem Zeitpunkt noch keine „Aggression" begangen, sondern unermüdlich für eine schiedlich-friedliche Lösung der internationalen Streitfragen geworben hatte. An die „Quarantäne-Rede" vom Oktober 1937 muß deshalb immer wieder erinnert werden, weil die angelsächsische Propaganda hinterher behauptet hat, daß erst der deutsche Einmarsch in Oesterreich im Februar 1938 Washington und London zu einer Aenderung ihrer Politik veranlaßt hätten. Nachdem der Präsident, wie wir im ersten Abschnitt dieser Schrift schilderten, schon in seinen ersten Regierungstagen eine unverkennbar parteiische Haltung in der Abrüstungsfrage eingenommen hatte, bedeutete die Rede von Chikago — und so ist sie damals von der ganzen Welt empfunden worden — eine offene Kampfansage gegen die jungen Mächte, die nach Roosevelts Worten „in Quarantäne gelegt", d. h. von amerikanischen Lieferungen ausgeschlossen werden sollten.

5. *Der Kurswechsel wird vorbereitet*

Roosevelts Entschluß, die von ihm nur widerwillig mitgemachte Neutralitätspolitik der USA abzubauen, stand nach der Rede von Chikago fest. Noch aber zwang ihn die isolationistische Stimmung des nordamerikanischen Volkes zu größter Vorsicht. Er schlug deshalb folgende Taktik ein: Auf der einen Seite wurde die Stimmungsmache gegen die totalitären Mächte mit gesteigerter Heftigkeit fortgesetzt, auf der anderen Seite aber die Treue Washingtons zum Neutralitätsgedanken eifrig betont. Ja, im Mai 1938 — nach einer wilden Presse- und Rundfunkagitation gegen die deutsche Lösung der österreichischen Frage — erklärte der Unterstaatssekretär des Außenamts, Sumner Welles, vor einer Kirchenversammlung, daß die Sache des Weltfriedens und die Erhaltung des Friedens für Amerika nicht gefördert werde durch amerikanische Beteiligung an internationalen Polemiken und Vorwürfen gegen die Innenpolitik anderer Nationen, die Amerika rechtmäßig nichts angehe. Diese halbamtliche Aeußerung verblüffte die amerikanische Oeffentlichkeit umsomehr, als sich kurz vorher zwei andere Mitarbeiter des Präsidenten, der Innenminister Ickes und der Kriegsminister Woodring, die unverschämtesten Ausfälle gegen die autoritären Regierungen Europas erlaubt und den Führer persönlich in ihren Reden beschimpft hatten. Bereitete Roosevelt nun eine neue taktische Schwenkung vor? Wollte er zur offiziellen Neutralitätspolitik von 1935 zurückkehren? Der „Völkische Beobachter" warnte damals in seiner Ausgabe vom 26. Mai 1938 vor verfrühtem Optimismus: „Es bleibt abzuwarten, ob der sich heute andeutende Kurswechsel wirklich eine Rückkehr zur ehrlichen Neutralität bedeutet, oder ob er etwa nur dazu dient, das amerikanische Volk, das durch die europäischen Ereignisse der letzten Tage sehr beunruhigt worden ist, momentan zu beschwichtigen."

Bald darauf schon stellte sich heraus, daß das deutsche Mißtrauen nur allzu berechtigt war. Im Monat Juni 1938 kündigte der Vorsitzende des Auswärtigen Senatsausschusses, Senator Pittman, bereits an, daß der Kongreß aufgefordert

werden würde, das Waffenausfuhrgesetz zu ändern; eine vollständige Revision der amerikanischen Neutralitätspolitik stehe bevor. Das war ein Versuchsballon zur Prüfung der öffentlichen Meinung — und er ging fehl! Die amerikanische Oeffentlichkeit reagierte so unfreundlich, daß Roosevelt wiederum zurückzuckte. Das Volk war immer noch nicht reif.

Wir sind heute noch nicht dokumentarisch darüber unterrichtet, welche Rolle die USA-Diplomatie während der Oesterreich- und Sudetenkrisen gespielt hat. Wir wissen aber, daß man in Washington über die Heimkehr der Ostmark ins Reich wütend war. Wir wissen ferner, und zwar wieder aus dem Roosevelt-Lager[1]), daß ein ununterbrochener Wechselstrom von Chiffre-Telegrammen und Telephongesprächen zwischen Washington und Paris lief, wo Roosevelts intimster diplomatischer Vertrauter Bullitt nun als Botschafter wirkte. Roosevelts offizielle Berater vom Außenamt aber warnten unter ausdrücklichem Hinweis **auf** die amerikanische öffentliche Meinung vor einer allzu intimen Verbindung mit Frankreich. Nur widerwillig beugte sich Roosevelt: „In seinem ovalen Amtszimmer zwischen seinen Schiffsbildern sitzend", so beschrieben Alsop und Kintner anschaulich die Szene im Weißen Haus, „Depeschen verschlingend, zwischen unaufhörlichen Telephongesprächen mit Europa alles selbst dirigierend, kocht der Präsident manchmal geradezu über den Zwang zur Vorsicht. Fast täglich fragt er Bullitt in Paris, Kennedy in London, Hugh Wilson in Berlin und William Phillips in Rom, ob er nichts tun könne, um zu Hilfe zu kommen. ‚Nichts', lautet die Antwort, ‚wenn wir uns nicht festlegen wollen.' Und angesichts der amerikanischen öffentlichen Meinung war eine bindende Verpflichtung einfach unmöglich."

Mindestens von der Münchener Konferenz im September 1938 an fällt Amerikas diplomatisches Gewicht in die Schale der Unversöhnlichkeit. Roosevelts damaliges Verhalten war überaus aufschlußreich: Im ersten Augenblick, als von München die Kunde kam, daß das Sudeten-Abkommen unterzeichnet

---

[1]) „American White Paper" von Joseph Alsop und Robert Kintner, New York 1940.

sei, beeilte sich der Präsident, seinen Anteil an dieser friedlichen Lösung herauszustreichen. Aber schon 24 Stunden später, nachdem sich — entgegen der ursprünglichen Annahme Washingtons, daß Hitler „kapituliert" habe — herausstellte, daß der deutsche Standpunkt in der Sudetenfrage voll durchgesetzt worden war, da begann in Washington ein wildes Geschimpfe gegen die „Appeasers", die „Beschwichtiger", die wiederum vor den Diktatoren zurückgewichen seien. Chamberlain und Daladier wurden von der USA-Presse geradezu als Verräter an der demokratischen Weltsache gebrandmarkt. Alsop und Kintner schildern in ihrem „American White Paper" ausführlich, wie vom Münchener Abkommen an die diplomatischen Sendboten Roosevelts angewiesen wurden, jedes weitere Zurückweichen der Westmächte vor den „faschistischen" Ansprüchen zu bekämpfen und Deutschland mit Amerikas Beistand im Falle eines Krieges zu drohen: „In Berlin wurde Botschafter Wilson angewiesen, jede auch noch so unoffizielle Gelegenheit zu benutzen, um die Wilhelmstraße davon zu überzeugen, daß jeder weitere deutsche Akt der Aggression die schwersten Rückwirkungen in den Vereinigten Staaten haben würde. Bullitt in Paris, Kennedy in London und andere amerikanische Sendboten in anderen Hauptstädten waren mit der gleichen Parole für jedes deutsche Ohr stets zur Hand." Auf deutsch: Roosevelt beauftragte seine Botschafter in Europa, die Reichsregierung mit allen Mitteln einzuschüchtern und den beiden zaudernden demokratischen Westmächten mit der vollen Hilfe der USA zu winken, wenn sie nur fest blieben. „To stop Hitler" — „Hitler stoppen" — war und blieb nun die große außenpolitische Parole des Weißen Hauses.

Der Meuchelmord des Juden Grünspan an dem Gesandtschaftsrat vom Rath in Paris und der ihr folgende deutsche Zornesausbruch gegen die Juden gaben dann dem Präsidenten die ersehnte Gelegenheit, die Spannung zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volk zu verschärfen. „Die amerikanische Oeffentlichkeit", heißt es in Alsop und Kintners Weißbuch, „prallte entsetzt zurück vor den Nachrichten

aus Berlin, und der Präsident sah seine Chance! Im Außenministerium wurde von einem Teil der leitenden Beamten nur ein schriftlicher Mißfallensausdruck gegenüber Hitler empfohlen. Aber der Präsident setzte sich darüber hinweg und am 13. November wurde Botschafter Hugh Wilson telegraphisch aus Berlin zurückgerufen." Zwei Tage später goß Roosevelt noch persönlich Oel ins Feuer, indem er erklärte: „Die Nachrichten der letzten Tage aus Deutschland haben die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten tief empört. Solche Nachrichten würden die gleiche tiefe Reaktion im amerikanischen Volke auslösen, wenn sie aus irgendeinem anderen Lande kämen. Ich selbst konnte kaum glauben, daß solche Dinge in unserer Kultur des 20. Jahrhunderts noch möglich seien. Um ein Bild der Lage in Deutschland aus erster Hand zu erhalten, habe ich den Außenminister angewiesen, unseren Botschafter in Berlin sofort zur Berichterstattung und Beratung zurückzuholen." Wie unaufrichtig diese pathetische Erklärung des Präsidenten war, mag man allein daraus ermessen, daß Roosevelt niemals ein Wort des Abscheus für die unsäglichen Greuel der Roten in Spanien gefunden hatte, denen gegenüber die Demolierung jüdischer Geschäfte und Synagogen in Deutschland völlig harmlos war. Ja, Roosevelt hatte sogar, ebenso wie seine demokratischen Brüder in London und Paris, ziemlich unverblümt für die Roten und gegen das nationale Spanien Partei genommen und seine Frau, Eleanor Roosevelt, hatte sich nicht geschämt, vom roten „Botschafter" Spaniens gestohlene spanische Kunstwerke als Geschenk anzunehmen.

Roosevelt ist zu klug, als daß man annehmen könnte, er habe mit seiner unverfrorenen Einmischung in deutsche Hausangelegenheiten Berlin nur warnen und zu einer friedlicheren Politik bewegen wollen; er konnte sich an den fünf Fingern abzählen, daß seine Geste das Gegenteil erreichen würde. Zweck seiner „Empörung" war lediglich, die amerikanische Oeffentlichkeit aufzupulvern, um endlich die Volksstimmung für die Aufgabe der Neutralitätspolitik reif zu machen. Dieser Gedanke zieht sich wie ein roter Faden durch sämtliche außen-

politischen Unternehmungen Roosevelts in jenen Monaten. Auch daran sei erinnert, daß die Demokraten, Roosevelts Partei, in den ersten Novembertagen 1938 bei Ergänzungswahlen für den Kongreß eine schwere Niederlage erlitten, die Roosevelts Machtstellung gefährdete und eine außenpolitische Ablenkung doppelt wünschenswert machte.

6. System Bullitt

Um die Jahreswende 1938/39 beginnen nun auch die polnischen Staatsdokumente zu sprechen, die der Außenminister Beck freundlicherweise bei seiner Flucht aus Warschau im September 1939 mitzunehmen vergaß und die uns unversehrt in die Hände fielen. Diese Dokumente[1]) sind in ihrer Gesamtheit ein erdrückender Schuldbeweis für die Außenpolitik der USA unter Roosevelt; denn diese diplomatischen Berichte wurden von polnischen Botschaftern geschrieben, die Deutschland ebenso haßten wie fürchteten und damit im Sinne der Demokratie gänzlich unverdächtig waren. Aus den polnischen Dokumenten geht folgendes klar hervor:

1. Der USA-Botschafter in Paris, William Bullitt, war auf Grund seiner intimen persönlichen Freundschaft mit Roosevelt praktisch Sonderbotschafter des Präsidenten für ganz Europa. Seinem Rat und seinen Berichten schenkte Roosevelt volles Gehör, und Bullitt handelte stets nach den besonderen, vertraulichen Weisungen des Präsidenten. Er konnte sogar den anderen amerikanischen Botschaftern in Europa, die — wie Kennedy in London — darüber keineswegs immer entzückt waren, direkte Anweisungen geben. Diese Feststellung ist wichtig, weil sie den Gesprächen und Aktionen Bullitts, die den Hauptinhalt der polnischen Geheimdokumente ausmachen, ein ganz besonderes Gewicht verleiht; durch Bullitts Mund

---

[1]) Veröffentlicht vom Auswärtigen Amt als Weißbuch Nr. 3 „Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges", Volksausgabe, Berlin 1940. Zentralverlag der NSDAP.

sprach Roosevelt selbst! Wir geben hier einige Stellen aus den Polendokumenten wieder, die Bullitts Stellung kennzeichnen.

Im Telegramm des Grafen Potocki vom 21. November 1938 an das Warschauer Außenministerium heißt es: „Da Bullitt den Präsidenten Roosevelt über die internationale Lage in Europa ständig informiert . . ., werden seine Mitteilungen vom Präsidenten Roosevelt und dem Außenamt mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen."

Am 16. Januar 1939 telegraphiert Graf Potocki **u. a.** folgendes an seinen Minister: „Vorgestern hatte ich eine längere Unterredung mit dem Botschafter Bullitt in der Botschaft, wo er mich besuchte. B. reist am 21. d. M. nach Paris, nachdem er fast drei Monate abwesend war. Er fährt mit einem ganzen ‚Koffer' voll Instruktionen, Unterredungen und Direktiven vom Präsidenten Roosevelt, vom Staatsdepartement und von den Senatoren, die zu der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten gehören."

Der polnische Botschafter in Paris, Jules Lukasiewicz, telegraphiert am 29. März 1939 nach Warschau: „Am folgenden Tage, dem 25. d. M., teilte mir Botschafter Bullitt mit, er habe sich meine Anschauungen zu eigen gemacht und unter Ausnutzung der ihm zustehenden Rechte dem Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Kennedy, den Auftrag gegeben, sich am heutigen Sonnabend zu Ministerpräsident Chamberlain in dessen Residenz zu begeben und ihm dieses alles unter kategorischer Betonung der Verantwortlichkeit der englischen Regierung zu wiederholen."

2. Bullitt, Roosevelts Freund und Vertrauter, haßte Deutschland und dessen Führer aufs äußerste und sah seine Hauptaufgabe in der Schädigung der deutschen Politik. Dafür liefern die polnischen Berichte eindeutige Beweise. Hier ein Beispiel:

Ueber sein Gespräch mit Bullitt am 19. November 1938 berichtet Botschafter Graf Potocki im Telegramm vom 21. November 1938 folgendes: „Ueber Deutschland und den Kanzler Hitler äußerte er sich mit größter Vehemenz und mit starkem Haß. Er sprach davon, daß nur Stärke, und zwar am Schluß

eines Krieges, der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen könne."

3. Zwecks Erreichung seines Zieles beschwor Bullitt die Minister und Diplomaten der europäischen Mächte, künftig jeder, auch der vernünftigsten Forderung der totalitären Mächte grundsätzlich ein Nein entgegenzusetzen. Er arbeitete insbesondere gegen eine italienisch - französische Verständigung und gegen eine friedliche Lösung der Danzig-Frage. Er empfahl, die britische Regierung Chamberlain, die ihm zu kompromißfreundlich war, unter amerikanischen Druck zu setzen, um sie fest zu machen. Auch dafür bieten die Polendokumente erdrückendes Beweismaterial:

In seinem Gespräch mit Botschafter Graf Potocki am 19. November 1938 in Washington, über das dieser Pole in seinem Telegramm vom 21. November 1938 berichtet, bezeichnete Bullitt das wenige Wochen vorher unterzeichnete Münchener Abkommen als eine „Kapitulation der demokratischen Staaten" und klagte über das „vollständige Nichtvorbereitetsein Großbritanniens zum Kriege und über die Unmöglichkeit, die englische Industrie auf Massenkriegsproduktion, insbesondere auf dem Gebiet des Flugzeugwesens, umzustellen . . ." „Auf meine Frage", so fährt Potocki fort, „wie er sich diesen kommenden Krieg vorstelle, erwiderte er, daß vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können. Dann erst, wenn der Augenblick reif ist (sprach Bullitt weiter), wird man zur letzten Entscheidung schreiten können." . . . „In der Zwischenzeit würde Deutschland vermutlich mit seiner Expansion in östlicher Richtung vorwärtsschreiten. Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, daß es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland komme. Da das Kräfte-Potential der Sowjetunion nicht bekannt sei, könne es sein, daß sich Deutschland zu weit von seiner Basis entferne und zu einem langen und schwächenden Krieg verurteilt werde. Dann erst würden die

demokratischen Staaten, wie Bullitt meint, Deutschland attackieren und es zu einer Kapitulation zwingen."

Daß es sich hier keineswegs um Bullitts unmaßgebliche persönliche Wünsche handelt, sondern um die amtliche und offizielle Politik der Regierung Roosevelt, zeigen folgende Sätze aus dem Telegramm Potockis vom 12. Januar 1939: „Der Präsident Roosevelt war der erste, der den Haß gegen den Faschismus zum Ausdruck brachte. Er verfolgte dabei einen doppelten Zweck: 1. Er wollte die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von den schwierigen und verwickelten innerpolitischen Problemen ablenken, vor allem vom Problem des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. 2. Durch die Schaffung einer Kriegsstimmung und Gerüchte einer Europa bedrohenden Gefahr wollte er das amerikanische Volk dazu veranlassen, das enorme Aufrüstungsprogramm Amerikas anzunehmen, denn es geht über die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten weit hinaus." . . . „Der Weg war ganz einfach; man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt; andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalitären Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin."

Vier Tage später, am 16. Januar 1939, telegraphiert Graf Potocki an seinen Warschauer Chef: „Der Inhalt der Direktiven (des Präsidenten, T. S.), die mir Bullitt im Laufe seiner halbstündigen Unterhaltung anführte, ist wie folgt: 1. Eine Belebung der Außenpolitik unter Führung des Präsidenten Roosevelt, der scharf und unzweideutig die totalitären Staaten verurteilt. 2. Die Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten zur See, zu Lande und in der Luft, die in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden und die kolossale Summe von 1 250 000 000 Dollar verschlingen. 3. Die entschiedene Ansicht des Präsidenten, daß Frankreich und England jeder Kompromißpolitik mit den Totalstaaten ein Ende machen müssen. Sie sollen auf

keine Diskussionen mit ihnen eingehen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken. 4. Eine moralische Versicherung, daß die Vereinigten Staaten die Isolierungspolitik verlassen und bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf seiten Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika sei bereit, sein ganzes Material an Finanzen und Rohstoffen zu ihrer Verfügung zu stellen."

In den ersten Februartagen 1939 — dieses Dokument trägt kein Tagesdatum, dafür aber Warschauer Randbemerkungen vom 7. Februar — telegraphiert der Pariser Botschafter Lukasiewicz nach zwei Unterredungen mit dem soeben aus Washington zurückgekehrten Bullitt folgendes als Meinung der maßgebenden Faktoren in Washington: „Die italienischen Ansprüche gegenüber Frankreich entbehren absolut aller Grundlagen und Argumente, die sie auch nur teilweise rechtfertigen könnten. Frankreich kann und darf also nicht noch einmal scheinbare Zugeständnisse machen. Irgendein Nachgeben Frankreichs würde die Unterhöhlung seines Prestiges in Afrika bedeuten. Man muß daher jeden eventuellen Kompromiß auf Kosten französischer Interessen ausschließen. Theoretisch genommen besteht die Befürchtung, England könnte vielleicht zusammen mit Berlin versuchen, Frankreich im Augenblick irgendwelcher Spannung einen mit dessen eigenen Interessen nicht zu vereinbarenden Kompromiß aufzuzwingen. In diesem Falle jedoch wird Frankreich auf die kräftige Unterstützung Washingtons rechnen können. Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England von einer Kompromißpolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten." . . . „Das Verhältnis der maßgebenden amerikanischen Faktoren zu Italien und Deutschland ist negativ hauptsächlich deshalb, weil sie der Ansicht sind, daß die neuen Erfolge der Achse Rom—Berlin, die das Prestige wie die Autorität Frankreichs und Englands als Imperialmächte unterhöhlten, fast schon unmittelbar die realen Interessen der Vereinigten Staaten bedrohen. So wird auch die Außenpolitik Washingtons einer eventuellen

Weiterentwicklung der Situation in dieser Richtung entgegenarbeiten." . . . „Ich möchte vorläufig von der Formulierung meiner eigenen Meinung gegenüber den Aeußerungen Botschafter Bullitts Abstand nehmen. Es ist nämlich mein Bestreben, vorher von ihm noch einige zusätzliche Erläuterungen zu erhalten. Eines aber scheint mir sicher, nämlich, daß die Politik Präsident Roosevelts in der nächsten Zeit dahin gehen wird, den Widerstand Frankreichs zu unterstützen, den deutsch-italienischen Druck zu hemmen und die Kompromißtendenzen Englands zu schwächen."

4. Roosevelt förderte mit allen Mitteln die Kriegspsychose in den Vereinigten Staaten, betrog das amerikanische Volk aber gleichzeitig nach Strich und Faden, indem er ihm hoch und heilig schwor, daß er unter keinen Umständen eine Beteiligung der USA am kommenden Kriege dulden werde.

In dem hier schon mehrfach zitierten Telegramm Potockis vom 21. November 1938 heißt es: „Auf meine Frage, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Kriege teilnehmen würden, antwortete Bullitt: ‚Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich sich zuerst rührten!' Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist, wie er sagte, gegenüber dem Nazismus und Hitlerismus so gespannt, daß schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917."

Besonders aufschlußreich in diesem Zusammenhang — und zugleich eine Gesamtschau der Außenpolitik Roosevelts — ist der im deutschen Weißbuch Nr. 3 noch nicht enthaltene Geheimbericht des Botschafters Graf Potocki vom 7. März 1939. Er wurde vom „Völkischen Beobachter" am 27. Oktober 1940 veröffentlicht, nachdem sich Bullitt wenige Tage vorher in einer Rede in Chikago gegen den Vorwurf zu verteidigen suchte, daß er und andere amerikanische Diplomaten in Europa England und Frankreich zur Kriegserklärung gegen Deutschland getrieben hätten. „Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten", so lesen wir in diesem eine Woche vor dem deutschen Einmarsch in Prag abgesandten Bericht, „beschäftigt augenblicklich nicht nur die Regierung, sondern zugleich auch die ganze

amerikanische Oeffentlichkeit. In erster Linie handelt es sich um die Aeußerungen des Präsidenten Roosevelt, der fast in jeder öffentlichen Rede auf die Notwendigkeit einer Aktivierung der Außenpolitik gegenüber dem Chaos der Begriffe und Strömungen in Europa mehr oder weniger ausdrücklich hinweist. Diese Aeußerungen werden von der Presse aufgenommen und dann in geschickter Weise in die Gemüter der Durchschnittsamerikaner hineinfiltriert, um das ganze Volk in seiner vorgefaßten Meinung zu bestärken; dabei spielt man immer auf derselben Saite, nämlich — die Gefahr des Krieges in Europa und die Rettung der Demokratien vor der Ueberflutung durch den feindlichen Faschismus . . ."

„Die Konsequenz dieser Reden ist, daß man zur Aufrüstung, zur Anwendung enormer Summen für die Flotte und die Luftwaffe aufruft; dahinter steht unzweideutig der Gedanke, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines bewaffneten Konflikts nicht draußen bleiben können, sondern an den Manövern tätigen Anteil nehmen müssen. Das Ergebnis der kräftigen Worte des Präsidenten Roosevelt, der sich dabei auf die Presse stützt, ist heute eine bewußte Bearbeitung der amerikanischen Oeffentlichkeit in Richtung auf den Haß gegen alles, was nach Totalismus und Faschismus riecht . . . Alle Informationen der diplomatischen Vertretungen sowie der speziellen Sendboten des Präsidenten in Gestalt der Botschafter der Vereinigten Staaten werden vom Staatsdepartement und vom Präsidenten selbst eifrig durchgearbeitet; dieser beruft häufig seine Vertreter im Ausland zum persönlichen Meinungsaustausch und zum Empfang besonderer Informationen und Instruktionen nach Washington . . . Der Präsident gibt seinen Vertretern im Ausland, welche meist seine persönlichen Freunde sind, persönlich Instruktionen; auf diese Weise werden die Vereinigten Staaten auf die gefährliche Bahn der Weltpolitik geführt mit der ausdrücklichen Absicht, von der bequemen Politik der Isolation abzugehen. Persönlich sieht der Präsident in der Außenpolitik seines Landes ein Mittel zur Befriedigung des eigenen Ehrgeizes, und gern hört er auf das Echo, das aus den anderen Hauptstädten der Welt zu ihm widerhallt . . ."

„Zusammenfassend kann man sagen", so schließt Graf Potocki seinen langen Geheimbericht, „daß die technische und moralische Vorbereitung des amerikanischen Volkes zur Teilnahme an einem Kriege rasch vorwärts geht, und es sieht so aus, als ob gleich von Anfang an die Vereinigten Staaten Frankreich und Großbritannien mit ihrer ganzen Macht zu Hilfe kommen werden. Ich kenne aber die amerikanische Oeffentlichkeit und die Abgeordneten und Senatoren, welche das entscheidende Wort haben, und ich bin der Meinung, daß die Wahrscheinlichkeit, daß Amerika wie 1917 in den Krieg eintritt, nicht groß ist; denn der größte Teil der Staaten im Mittelwesten und Westen, in welchen das ländliche Element vorherrscht, wollen um keinen Preis in die europäischen Unstimmigkeiten verwickelt werden; sie erinnern sich an die Erklärung des Versailler Vertrags sowie an die bekannte Phrase, daß der Krieg zur Sicherung der Demokratien in der Welt dienen sollte. Weder der Versailler Vertrag noch dieses Schlagwort haben die Vereinigten Staaten mit dem Kriege ausgesöhnt; bei vielen Millionen des Volkes blieb nur ein bitterer Nachgeschmack wegen der unbezahlten Milliardensummen, die die europäischen Staaten Amerika schuldig sind."

*

Das alles steht schwarz auf weiß in den Geheimberichten der polnischen Botschafter an die Warschauer Regierung. Da die Originale dieser Dokumente im 3. deutschen Weißbuch im Faksimile veröffentlicht und außerdem von ausländischen Diplomaten und Journalisten im Berliner Auswärtigen Amt besichtigt worden sind, wurde ihre Echtheit von Anfang an von keinem unterrichteten Politiker der Welt bezweifelt. Graf Potocki schwang sich zwar, unter dem Druck des Außenamts in Washington, zu einer schwachen Verleugnung der Vaterschaft seiner Telegramme auf, wurde aber bezeichnenderweise nach Ablauf einer „Anstandsfrist" seines Postens enthoben. Daß die polnischen Botschafter — die Telegramme Lukasiewicz' aus Paris zeichnen sich durch besondere Klarheit und Klugheit aus — Bullitt nicht etwa falsch zitierten und daß sie keinen

Hirngespinsten nachjagten, kann man durch Vergleich der einzelnen Dokumente einwandfrei nachweisen; diese Berichte aus Washington, Paris und London ergänzen sich wunderbar und zeigen, daß alle drei Botschafter unabhängig voneinander das gleiche Bild gewonnen hatten. Sie zeigen darüber hinaus, daß Bullitts kriegstreiberische Aktionen meist von Erfolg begleitet waren. Besonders eindrucksvoll ist es, wie der zaudernde Chamberlain durch Bullitts Intrigen langsam, aber sicher in die Sackgasse der polnisch-englischen Allianz getrieben wurde. Kurz, die Polendokumente beweisen, daß Roosevelts Diplomatie ein riesiges, wenn nicht das größte Maß von Schuld am Ausbruch des englischen Krieges trug.

Die Polen-Dokumente widerlegen ferner die Behauptung der angelsächsischen Propaganda, daß die „große Wendung" der demokratischen Politik zur Einkreisung und zum Kriege erst Mitte März 1939, d. h. nach dem deutschen Einmarsch in Prag, erfolgt sei. Die Botschafterberichte über Bullitts Umtriebe liegen ausnahmslos vor diesem angeblichen Stichtag; sie folgen zeitlich dicht auf den Pakt von München, der nicht nur von den Völkern Europas, sondern auch von seinen demokratischen Unterzeichnern selbst als ein Instrument des Friedens und nicht etwa als ein Beispiel der „Aggression" empfunden und gepriesen worden ist.

7. Dem europäischen Kriege entgegen

Zwischen München und Prag, also vor dem sogenannten „Wendepunkt", lag auch jene gehässige, alle Kriegshetzer ermunternde Neujahrsbotschaft des Präsidenten vom 3. Januar 1939, in der es hieß: „Worte mögen nutzlos sein, aber der Krieg ist nicht das einzige Mittel, um eine anständige Achtung vor der Meinung des Menschengeschlechts durchzusetzen. Es gibt viele Methoden bis hart an den Krieg heran (methods short of war), die stärker und wirkungsvoller als bloße Worte sind, um den Aggressor-Regierungen die Gefühle unseres Volkes bei-

zubringen. Zum mindesten können und sollten wir jede Aktion oder jede Nichthandlung vermeiden, die den Aggressor ermutigt oder unterstützt."

Im Lager des amerikanischen Isolationismus hatte man den Sinn dieser Drohungen wohl verstanden. „Die totalitären Staaten", so erklärte Hamilton Fish, der langjährige Führer einer rein amerikanischen, ausländischen Abenteuern abholden Politik im Repräsentantenhaus in einer Rundfunkrede, „haben nicht den leisesten Gedanken, gegen uns Krieg zu führen oder etwa Latein-Amerika zu überfallen. Ich denke nicht daran, ein Blatt vor den Mund zu nehmen, wo das Leben, die Freiheit und das Glück unseres Volkes auf dem Spiel steht. Die Zeit ist gekommen, den Kriegshetzern des New Deal, hinter denen die Kriegsgewinnler, Kommunisten und hysterischen Internationalisten stehen, die wollen, daß wir mit amerikanischem Blut und Geld den Weltpolizisten spielen und die Welt unter Quarantäne stellen, ein Halt zuzurufen!"

Kurz darauf, im Februar 1939, kam durch einen reinen Zufall heraus, daß der Präsident heimlich die amerikanische Armee angewiesen hatte, einer französischen Kommission neue amerikanische Bombertypen und Jäger vom Typ „Curtiß P 36" vorzuführen und zu verkaufen. Erst der tödliche Absturz eines französischen Piloten an der amerikanischen Küste machte die Oeffentlichkeit auf diese gefährliche Schiebung, die Bullitt in Paris eingefädelt hatte, aufmerksam. Es erhob sich ein Sturm der Entrüstung, vor allem im Militär-Ausschuß des Senats. Roosevelt versuchte die Erregung zu dämpfen, indem er eine Reihe von führenden Senatoren und Abgeordneten zu sich ins Weiße Haus einlud und ihnen die Lage Europas in den düstersten Farben ausmalte. Alsop und Kintner schildern diese vertrauliche Besprechung in ihrem „Weißbuch" mit folgenden Worten: „Aber der Präsident schätzte seine Zuhörerschaft falsch ein. Er begann, indem er ein schwarzes Bild von Europa entwarf, die deutschen Ziele in den lebendigsten Ausdrücken beschrieb, daß Hitler nicht mit sich spielen lasse, daß der Krieg bevorstehe. Und Krieg, so gestikulierte er zu den lauschenden Senatoren, würde unmittelbar Frieden und Sicherheit der Ver-

einigten Staaten berühren. Der augenblickliche Kampf, so fuhr er fort, geht um die Beherrschung Europas; aber sobald eine Nation Europa beherrscht, wird diese Nation in der Lage sein, sich der Westsphäre zuzuwenden." Diese hemmungslose Schwarzmalerei hatte die gegenteilige Wirkung; sie vermehrte nur den Verdacht der Senatoren, daß der Präsident Amerika in einen europäischen Krieg hineinreite. Aehnliche Aeußerungen hatte der Präsident kurz zuvor auch in einer Geheimsitzung des Militär-Ausschusses des Senats gemacht und dabei Baldwins berüchtigte Formel von den „englischen Grenzen am Rhein" auf die Vereinigten Staaten angewandt; diese hirnverbrannte Theorie steigerte die Empörung weiter Kreise der amerikanischen Oeffentlichkeit.

Roosevelt verlegte sich nun auf faule Ausreden und behauptete, unter frechen Beleidigungen der Senatoren und eines Teils der Presse, daß er „falsch zitiert" worden sei; gleichzeitig gab er eine sachlich unverbindliche, aber neutral getarnte Erklärung über seine Politik ab. Aber schon wenige Wochen später startete er ein neues Manöver, um das amerikanische Volk kopfscheu zu machen: Vor seiner Abreise zu den Flottenübungen Mitte Februar 1939 machte er Presseleuten gegenüber dunkle Andeutungen, daß er durch „bedrohliche Nachrichten aus dem Auslande" möglicherweise zu einer vorzeitigen Rückkehr nach Washington gezwungen werden könnte. Hulls Außenministerium, das daraufhin mit Anfragen bestürmt wurde, mußte erklären, daß es nichts von bedrohlichen Berichten aus Europa wisse. Daß ihre Quelle niemand anders als Mr. Bullitt in Paris war, wußten Hulls Beamte natürlich; aber das konnten sie nicht verraten, wenn sie die persönliche Politik des Präsidenten nicht bloßstellen wollten.

Alle diese Machenschaften sind typisch für das Bestreben Roosevelts, die öffentliche Meinung seines Landes unablässig mit außenpolitischen „Gefahren" zu beschäftigen, um sie für die Abänderung des Neutralitätsgesetzes zu gewinnen und gleichzeitig von den innenpolitischen Mißerfolgen des Regimes abzulenken. Auf der gleichen Linie lagen die unermüdlichen Anstrengungen, Latein-Amerika aufzuputschen und durch die

Gefahr der „Fünften Kolonne" zu schrecken. So wurde, um aus einer Fülle von Material nur ein Beispiel dieser Art zu nennen, Anfang Februar 1939 in einem Vortrag vor der „Vereinigung zum Studium der Außenpolitik" von Charles Thomson die Mär verbreitet, daß Deutschland großes Interesse an der Loslösung des Staates Rio Grande do Sul aus dem brasilianischen Staatenbund habe, eine Ente, die nicht nur in Brasilien, sondern auch in Argentinien mit Hilfe einer Yankee-hörigen Presse weiteste Verbreitung fand.

Trotz allem — das Neutralitätsgesetz wurde nicht aufgehoben, auch nach Prag nicht. Es wurde auch nicht aufgehoben, nachdem Roosevelt am 14. April 1939 jenes unverschämte Telegramm an den Führer und den Duce gerichtet hatte, das folgende groteske Anfrage enthielt: „Sind Sie bereit, die Versicherung abzugeben, daß Ihre Streitkräfte das Gebiet oder die Besitzungen folgender unabhängigen Nationen nicht angreifen oder überfallen werden: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Großbritannien und Irland, Frankreich, Portugal, Spanien, Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Rußland, Bulgarien, Griechenland, die Türkei, Irak, Arabien, Syrien, Palästina, Aegypten und Iran?"

Der Führer hat darauf in seiner berühmten Antwortrede vor dem Reichstag am 28. April 1939 die Dummdreistigkeit dieser „Anfrage" vernichtend bloßgestellt. Er wies u. a. darauf hin, daß ein Teil der von Roosevelt erwähnten Nationen keineswegs „unabhängig", sondern von Streitkräften demokratischer Staaten, d. h. Englands und Frankreichs, besetzt gehalten und rechtlos gemacht wird. Er hat den Schaumschläger von Washington ferner darauf aufmerksam gemacht, daß ihm einige historische Irrtümer unterlaufen seien, da einige dieser Länder, wie Irland und Palästina, zwar niemals von Deutschland bedroht, wohl aber von England unterdrückt worden sind und werden. Auch Roosevelts keckes Anerbieten, die Vermittlung zwischen Deutschland und dem ganzen Haufen der angeblich vom Reich bedrohten Völker und Länder übernehmen zu wollen, da die Vereinigten Staaten in die augenblicklichen Gegensätze

Europas nicht verwickelt und infolgedesen neutral seien, hat der Führer unter Hinweis auf Wilson, jenen anderen amerikanischen Präsidenten, der auch einmal den ehrlichen Vermittler spielte, ironisch abgelehnt.

Der politische Zweck des Roosevelt-Telegramms vom 14. April war dennoch wenigstens teilweise erreicht: Gerade in den Apriltagen des Jahres 1939 war Roosevelts und Bullitts Saat in London aufgegangen — England hatte endlich die Einkreisungspolitik gegen das Reich offen begonnen. Dieser Politik Hilfestellung zu leisten und der ganzen Welt zu zeigen, daß die USA sie billigte und mitmachte, war der Zweck des Telegramms. Außerdem versprach sich Roosevelt einen erheblichen Publikumserfolg in Amerika selbst, wenn er öffentlich zeigte, wie man mit „diesen Diktatoren" umspringen könne. Mit einer derart vernichtenden Abfuhr, wie sie ihm der Führer 14 Tage später erteilte, hatte der eitle Mann im Weißen Haus allerdings nicht gerechnet. Er ist die Antwort auf die Reichstagsrede vom 28. April 1939 denn auch bis heute schuldig geblieben. Erst fünf Wochen später, Anfang Juni 1939, benutzte Sumner Welles, Hulls Vizeaußenminister, die Gelegenheit einer Rede vor Studenten der Columbia-Universität dazu, das Telegramm seines Chefs zu verteidigen, ohne daß er aber dabei wagte, auf die Feststellungen des Führers irgendwie einzugehen.

Im Sommer 1939, als die Danzig-Frage sich immer mehr zuspitzte, setzten Roosevelts Sendboten in Europa — Bullitt in Paris, Kennedy in London und Biddle in Warschau — die Politik der Ermunterung der Demokratien zum Widerstand gegen das Reich emsig fort. Daß wir darüber recht gut unterrichtet sind, verdanken wir unter anderem der Erfindung des Telefons und der Geschwätzigkeit der genannten Herren . . . Im Juni schickte der Präsident dann einen seiner Leibjuden, den Abgeordneten Sol Bloom, an die Parlamentsfront, um das Neutralitätsgesetz von 1935 endlich zu Fall zu bringen. Aber die Isolationisten siegten nochmals, wenn auch nur mit der knappen Mehrheit von 159 : 157 Stimmen. In der Abwehr des Rooseveltschen Vorstoßes warf einer seiner eigenen Parteigenossen,

der Demokrat Sweeny, dem Präsidenten unverblümt vor, daß er das amerikanische Volk in einen neuen Weltkrieg stürzen wolle. Sweeny beschwor die Erinnerung an jenen denkwürdigen Karfreitag des Jahres 1917 herauf, als Präsident Wilson den Kongreß in den Weltkrieg hineinsteuerte. „Folgende Informationen", so sagte Sweeny, „habe ich von Kongreßmitgliedern erhalten, die damals anwesend waren und für den Krieg stimmten: Loyalität gegenüber der demokratischen Partei war die Parole. Damit wurden einige Mitglieder des Parlaments über die Schwere der zur Debatte stehenden Fragen völlig irregeführt. Postminister Burleson kam in die Kammer, nahm mehrere Abgeordnete in die Garderobe da drüben und sagte: ‚Jungens, das ganze ist nur ein Bluff. Wir bluffen den Kaiser und die Mittelmächte — kein amerikanischer Junge wird nach Europa gehen. Stimmt für diese Vorlage! Und nebenbei, hat einer von euch irgendwelche Wünsche, kann ich es euch mit einem Postmeisterposten oder sonst einer Stellung belohnen?'" Sweeny fügte hinzu, daß die Abgeordneten, die damals für den Krieg stimmten, ihm anvertraut hätten, „daß sie in ihren Träumen Gesichte haben und bis zum letzten Atemzug von Schreckensbildern verfolgt werden, weil sie das Blut von 67 000 toten amerikanischen Söhnen an ihren Händen kleben fühlen".

8. Die Saat geht auf

Es wäre unbillig gewesen, von Franklin D. Roosevelt zu erwarten, daß er sich am 3. September 1939, als England und Frankreich dem Reich den Krieg erklärten, öffentlich zu der Rolle bekannte, die er bei der Herbeiführung dieses Krieges gespielt hatte. Daß er nun aber in diesem schwarzen Augenblick der Geschichte vor die Welt in der Pose eines Propheten hintrat, der recht behalten hatte, daß er triumphierend seinen innenpolitischen Gegnern zurief: „Ich habe dies Unglück vorausgesagt" — das war immerhin ein starkes Stück.

Eine Musterleistung war auch die Radio-Botschaft, die er am Abend der englischen Kriegserklärung an das amerikanische Volk richtete. Noch fehlen uns dokumentarische Beweise für die Tätigkeit der USA-Diplomatie in den entscheidenden Stunden des 1. und 2. September, als es sich darum handelte, ob England und Frankreich wegen Danzig einen europäischen Krieg entfesseln würden. Aber die ganze bisherige Haltung Roosevelts, wie sie aus den Polen-Dokumenten spricht, gestattet nicht den geringsten Zweifel, daß der amerikanische Präsident in London und Paris mit allen Mitteln zur Kriegserklärung an das Reich drängte. Doch selbst wenn er im letzten Augenblick wirklich geschwiegen haben würde, bliebe folgender Satz seiner Radio-Botschaft immer noch eine Geschichtsfälschung: „Es ist recht und billig, daß ich Euch die beharrlichen und manchmal erfolgreichen Anstrengungen Eurer Regierung ins Gedächtnis zurückrufe, die das ganze Gewicht der Vereinigten Staaten in die Schale des Friedens geworfen haben." Die polnischen Bullitt-Dokumente bezeugen das Gegenteil.

Noch wagte Roosevelt nicht, Deutschland offen als den „Angreifer" hinzustellen. Wenn er aber in dieser Schicksalsstunde das Neue Testament beschwor, das „die Anwendung von Gewalt, von bewaffneter Gewalt, von marschierenden Armeen und fallenden Bomben verbietet", wenn er dem Volke einhämmerte, daß dieser europäische Krieg auch jedes amerikanische Heim „berühre", wenn er sagte, er „hoffe", ja er „glaube", daß die Vereinigten Staaten in diesen Krieg nicht verwickelt werden würden, und wenn er im gleichen Augenblick jedem Amerikaner das Recht zusprach, „in Gedanken nicht neutral zu sein" — dann wußte man sofort, wo der Präsident der USA am Abend der englischen Kriegserklärung stand und wohin er steuerte.

Es war deshalb auch keine Ueberraschung, als Roosevelt nun sofort die Durchlöcherung der amerikanischen Neutralität, die er in den letzten beiden Jahren propagandistisch so eifrig vorbereitet hatte, praktisch in Angriff nahm. Denn seine Kriegsparole hieß: Hilfe für die demokratischen Mächte

in Europa, Hilfe mit allen Mitteln „bis hart an den Krieg heran"! Eine kleine Episode kennzeichnet diese Politik am besten: Unmittelbar vor Kriegsausbruch ordnete der Präsident persönlich die Zurückhaltung des Lloyddampfers „Bremen" in New York unter fadenscheinigen Vorwänden an, offensichtlich zu dem Zweck, das wertvolle Schiff den Engländern in die Hand zu spielen. Daß der deutsche Riesendampfer trotzdem entkam und der schäbige Trick damit vereitelt wurde, mag man, ebenso wie den kurz darauf folgenden und ebenso mißglückten Gaunerstreich Churchills mit der Torpedierung der „Athenia", als ein frühzeitiges Symbol dafür nehmen, daß die „Demokratie" in diesem Kriege ihren Meister finden würde.

Schon 14 Tage nach Kriegsbeginn hatte der Präsident den Entwurf für die Abänderung des Neutralitätsgesetzes von 1935 fertig. Ihr Kernpunkt war die Aufhebung des Waffenausfuhrverbotes an Kriegführende, das den USA-Kapitalismus fetter Gewinne und England und Frankreich der wichtigen amerikanischen Zufuhren an Kriegsmaterial beraubte. Roosevelt scheint ursprünglich die Absicht gehabt zu haben, die Neutralitätgesetzgebung ganz fallen zu lassen. Er wurde aber, wie wir wiederum der Schrift von Alsop und Kintner entnehmen, von den Parteiführern des Kongresses nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das Waffenembargo durch irgendeine andere Klausel ersetzt werden müsse, um eine Verwicklung Amerikas in den europäischen Krieg zu verhindern.

Roosevelts Begründung für die angebliche Notwendigkeit der Aenderung des Gesetzes ist in ihrer Bauernschlauheit so belustigend, daß sie hier nochmals wiedergegeben sei: Mit Hilfe fadenscheiniger historischer und völkerrechtlicher Darlegungen suchte er dem Kongreß in seiner Botschaft vom 21. September 1939 die Ueberzeugung beizubringen, daß das Waffenausfuhrverbot von 1935 nicht nur die amerikanische Tradition verletzte, sondern für die Neutralität, die Sicherheit und den Frieden der Vereinigten Staaten „höchst lebensgefährlich" sei. Gleichzeitig appellierte er aber deutlich an die Gier der amerikanischen Plutokratie nach Kriegsgewinnen, die er vier Jahre vorher als „Narrengold" bezeichnet hatte,

indem er fragte: „Welcher Vorteil besteht für die USA vom rein materiellen Standpunkt aus darin, Rohstoffe und Halbfabrikate für die Kriegführung über den Ozean zu schicken, wenn wir Tausende damit beschäftigen und durch solche Beschäftigung automatisch unserer eigenen nationalen Verteidigung helfen könnten?" Nicht die Waffenlieferung an sich sei gefährlich, sondern nur die Verschiffung auf amerikanischen Schiffen unter Gefährdung amerikanischer Staatsbürger. Kurz, alles was Roosevelt und Hull 1935 und 1936 für das erste Neutralitätsgesetz vorgebracht hatten, wurde jetzt als falsch und gefährlich hingestellt.

Roosevelt pries nun dem Kongreß mit überschwenglichen Worten die „Cash and Carry"-Klausel, die den Verkauf amerikanischen Kriegsmaterials auf Kredit und die Beförderung desselben auf amerikanischen Schiffen verbietet. Da das neue Gesetz außerdem amerikanischen Schiffen und Staatsbürgern Reisen in die europäischen Kriegsgewässer überhaupt verbot, sah die öffentliche Meinung der USA trotz aller Warnungen der Männer, die Roosevelts wirkliche Absichten kannten oder ahnten, in der Neufassung des Neutralitätsgesetzes keine Gefahr für den Frieden der westlichen Hemisphäre. Das Gesetz schien eine Wiederholung von Zwischenfällen auszuschließen, die wie der „Lusitania"- und der „Sussex"-Fall den Vorwand für den Eintritt der USA in den Weltkrieg abgegeben hatten. Und da der ausländische Käufer das Kriegsmaterial künftig bar bezahlen mußte, schien das USA-Volk auch gegen die Gefahr gesichert, daß es wieder Milliarden auf dem Altar der „Demokratie" opfern mußte, von denen es keinen Cent wiedersehen würde.

Trotzdem war das neue Neutralitätsgesetz bereits eine einseitige Parteinahme für die demokratischen Freunde. Denn es schloß Deutschland infolge seines geringen Devisenvorrats und der Schwäche seiner Schlachtflotte von der Erwerbung und Verschiffung amerikanischen Kriegsmaterials aus, während England dank seiner großen Flotte und seiner scheinbar unerschöpflichen Kapitalreserven in Uebersee beliebig viel amerikanisches Kriegsmaterial kaufen und über den Atlantik

verfrachten konnte. Doch davon sagte der Präsident seinem Land kein Wort; um so beredter aber versicherte er in der Kongreßbotschaft, daß allein der Friede Amerikas Zweck und Ziel des neuen Gesetzes sei. „Ich sage Ihnen in tiefer und unumstößlicher Ueberzeugung, daß durch den Widerruf des Embargos den Vereinigten Staaten wahrscheinlicher der Frieden erhalten bleibt, als wenn das Gesetz so bleibt, wie es heute ist. Ich sage das, weil die USA-Regierung klar und endgültig darauf bestehen wird, daß jeder USA-Bürger und jedes USA-Schiff von der unmittelbaren Gefahr aktueller Konfliktzonen wegbleiben wird." Wie dieses feierliche „klare und endgültige" Versprechen dann in der Praxis erfüllt wurde, haben wir im Winter 1940/41 erlebt, als Roosevelt sein Gesetz der unbedingten und schrankenlosen Englandhilfe verfocht... Die Botschaft vom 21. September 1939 schloß mit folgendem hochtrabenden Spruch: „Mögen die amerikanischen Länder in einer Zeit, in der manchmal gesagt wird, freie Aussprache sei mit nationaler Sicherheit nicht länger vereinbar, durch ihre Taten der Welt zeigen, daß wir von den Vereinigten Staaten eines Geistes, eines Herzens, eines klaren Entschlusses, ein Volk sind, das vor Gott im Lichte der Menschheit wandelt."

Im November 1939 wurde das neue „Neutralitäts"-Gesetz vom Kongreß angenommen, und die Kriegsgewinnler von 1914-1918 feierten die Wiederkehr der guten alten Zeit. Aber der Jubel im plutokratischen Lager hat den ersten Kriegswinter nur kurz überlebt. Die Kriegsereignisse des Frühjahrs und Sommers 1940 brachten den Zusammenbruch der englischen Festlandstrabanten und die Aufrichtung einer deutschen Gegenblockadefront vom Nordkap bis zur Biscaya, an die man in der demokratischen Welt selbst in den schlimmsten Träumen nie gedacht hatte. England stand allein, seine Seeherrschaft erwies sich als lückenhaft, seine Finanzkraft als begrenzt. Mehr und mehr verwandelte es sich vor aller Augen aus dem großen Freund und stolzen Bannerträger der Demokratie in einen bettelnden kleinen Verwandten. Mehr und mehr sahen sich die Vereinigten Staaten — darüber ließen die dringenden Hilferufe englischer Sendboten wie Duff Cooper,

Lothian und Halifax und auch Churchills Reden keinen Zweifel — in die Rolle der Macht gedrängt, die allein noch den drohenden Zusammenbruch Britanniens und damit der europäischen „Demokratie" aufhalten konnte.

Präsident Roosevelt war damit im Jahre 1940 aufs neue vor die Gewissensfrage gestellt, ob er die Leiden dieses Krieges abkürzen oder verlängern wollte. Die Welt hat nichts davon gehört, daß er irgendwelche Versuche unternommen hätte, England zu einem Friedensschluß zu mahnen. Im Gegenteil, wenn Roosevelt die „Vollmachten" gehabt hätte, um die er den Führer beneidete, dann wäre er bestimmt schon Anfang 1940 mit dem Plan des Englandhilfs-Gesetzes herausgerückt. Aber wiederum mußte er sich zwingenden innenpolitischen Notwendigkeiten beugen: Seine zweite Präsidentschaftsperiode lief im November 1940 ab und Neuwahlen standen vor der Tür. Vor seinen Augen stand ein hohes Ziel, das noch kein einziger Präsident der USA in der Geschichte erreicht hatte — er wollte zum dritten Male Präsident werden. Diesen Gipfelpunkt seiner ehrgeizigen Träume konnte er aber nur erreichen, wenn er seinem Volk den Frieden zu erhalten versprach. Erst wenn er zum dritten Male für vier Jahre fest im Sattel saß, durfte er wagen, auch die letzten Schleier fallen zu lassen und die Vereinigten Staaten mit Haut und Haaren in den europäischen Krieg zu verwickeln.

Deshalb erlebten wir im Laufe des Jahres 1940 eine weitere Verfeinerung der Täuschungsmanöver, eine weitere Steigerung der Doppelzüngigkeit. Im ganzen ersten Halbjahr gab der Präsident sich den Anschein, als ob er die dritte Präsidentschaftsperiode überhaupt nicht anstrebe. Als er dann endlich im Sommer Farbe bekennen mußte, beugte er sich dem „allgemeinen Wunsche seines Volkes" und ließ dabei durchblicken, daß er nun einmal der einzige sei, der dank seiner Genialität und seines weltweiten Ansehens Amerika die Kriegsteilnahme ersparen könne. Auf der anderen Seite aber mußte alles getan werden, um das nun allein kämpfende England zur Fortsetzung des Krieges zu ermutigen bis zum nächsten Winter nach der Präsidentenwahl, der Roosevelt die volle

Handlungsfreiheit bringen sollte. Deshalb hielt sich der Präsident im ganzen Jahre 1940 öffentlich ziemlich zurück und überließ es seinen Ministern, seiner Presse und Churchill, die amerikanische öffentliche Meinung auf dem Pfade der Kriegsverstrickung vorwärtszuführen.

Wo er selbst zur Abwehr der heftigen Angriffe amerikanischer Friedensfreunde gegen seine Politik auf den Plan treten mußte, wandte er ein altbekanntes Mittel politischer Täuschung an: Er dementierte nicht das, was man ihm wirklich und mit Recht vorwarf, nämlich seine zielstrebige Politik der Kriegsverlängerung und Kriegserweiterung, sondern Dinge, die nur von ununterrichteten Außenseitern behauptet worden waren oder die er auch im Augenblick des „Dementis" erst frei erfand. Hier ein typisches Beispiel für diesen billigen, aber wirkungsvollen Trick: Im Oktober 1940 warf er in einer Rundfunk-Wahlrede seinen republikanischen Gegnern vor, daß sie mit absichtlichen Fälschungen arbeiteten und daß nun der Augenblick gekommen sei, auf diese Fälschungen mit Tatsachen zu antworten. „Es ist unrichtig", so rief er aus, „wenn eine Partei oder ein beliebiger Kandidat sagt, daß der Präsident der USA an Mussolini und Hitler telefoniert habe, um die Tschecho-Slowakei zu verraten und im Stich zu lassen. Es ist unrichtig, daß die gegenwärtige Regierung beabsichtigt, der amerikanischen Demokratie innerhalb von vier Jahren ein Ende zu setzen. Es ist unrichtig, daß eine Wiederwahl der gegenwärtigen Regierung das Ende der amerikanischen Demokratie in vier Jahren bedeuten würde. Das Schlimmste aber, was die republikanischen Führer unter unserem Volke verbreiten, ist die Anklage, daß die Regierung ohne Wissen des Kongresses oder des Volkes Geheimabmachungen mit ausländischen Nationen getroffen habe. Ich gebe Ihnen die feierliche Versicherung, daß kein Geheimvertrag, keinerlei geheime Abmachungen und kein geheimer Bund irgendwelcher Art direkt oder indirekt mit irgendeiner Regierung, Nation oder irgendeiner Partei oder einem Teil der Welt besteht, um dieses Land in den Krieg zu ziehen, oder aus irgendeinem anderen Grunde, welcher es auch nur immer sein könnte."

Eine solche Zusammenballung von Dementis und feierlichen Beteuerungen mußte auf den politisch ahnungslosen amerikanischen Massenmenschen imponierend wirken, selbst wenn so alberne Mätzchen darunter waren, wie die Geschichte mit der Tschecho-Slowakei. Und was konnte ein friedliebender Yankee von seinem Präsidenten mehr verlangen als das neuerliche Gelöbnis, mit dem Roosevelt diese Rundfunkrede schloß: „Den Republikanern und Demokraten, jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind der Nation sage ich: Euer Präsident und Euer großer Außenminister verfolgen die Straße des Friedens. Wir rüsten nicht für irgendeinen auswärtigen Krieg oder zum Zweck einer Eroberung oder einer Intervention in einem auswärtigen Konflikt oder Streit. Ich wiederhole von neuem, daß ich zum Programm unserer Partei stehe unter der Devise: wir werden an keinem auswärtigen Krieg teilnehmen und werden nicht unsere Armee, Flotte oder Luftmacht entsenden, um uns im Ausland außerhalb der amerikanischen Republiken — ausgenommen im Falle eines Angriffs — zu schlagen. Für den Frieden habe ich gearbeitet, für den Frieden werde ich alle Tage meines Lebens arbeiten."

Roosevelts „großer" Außenminister Hull redete zur gleichen Zeit, am 26. Oktober 1940, vor der amerikanischen Presse etwas andere Töne; er hetzte aus vollem Halse: „Alle friedlichen Nationen, einschließlich der amerikanischen, sind schwer durch die Pläne und die Handlungsweise einer kleinen Gruppe nationaler Führer bedroht, die ihre Völker in mächtige Instrumente umgeformt haben, um ihre Herrschaft gewaltsam auszuweiten. Nachdem sie den Vereinigten Staaten und der Mehrzahl anderer Nationen versichert hatten, sie verteidigten die Prinzipien, auf denen sich die internationalen zivilisierten Beziehungen gründen, begann der Angriff einer Armee, die keine Gnade übt, die nichtkämpfende Frauen und Kinder mordet und Betrug, Schurkereien und Konfiskation von Eigentum ausübt. Materiell nehmen sie keinerlei Rücksicht auf die Rechte eines neutralen Landes. Sie bedrohen die friedliebendsten Nationen und täuschen diesen die schlimmsten Folgen vor, falls sie nicht geneigt sind, einzuwilligen, daß die

Eroberer andere Kontinente aufsaugen und sich dieser sowie des größten Teils der Meere bemächtigen. Keiner möge sich einbilden, dies seien einfach frevelhafte Ausschweifungen der Erfordernisse eines Krieges, die freiwillig aufgegeben würden, wenn die Schlacht zu Ende gegangen ist. Durch ihre Handlungen ebenso wie durch ihre Worte haben die Erorberer es vollkommen klargemacht, daß sie den unerbittlichen Versuch unternommen haben, die zivilisierte Welt, so wie wir sie in beiden Hemisphären gekannt haben, auf den Standpunkt zu degradieren, den einstmals der Herr den Sklaven unter den Nationen und Individuen auferlegte."

Und auf diese geradezu wahnwitzige Verdrehung der Kriegführung und der Kriegsziele der jungen europäischen Völker ließ der ehrwürdige, weißhaarige, große Außenminister der Vereinigten Staaten die Warnung folgen, daß die „Ozeane keineswegs den Vereinigten Staaten zu garantieren vermögen, daß sie nicht angegriffen werden können". Zum Schluß betonte Hull, die Regierung habe die Absicht, den Nationen, „die sich gegen den barbarischen Angriff verteidigen", in jedem nur irgend möglichen Ausmaße sämtliche Erleichterungen für den Bezug von Lieferungen fortdauernd zur Verfügung zu stellen. Das war die erste öffentliche Ankündigung schrankenloser Englandhilfe!

9. Terror

Am 5. November 1940 wurde Franklin Delano Roosevelt zum dritten Male Präsident der Vereinigten Staaten. Daß sein Gegenkandidat Wendell Willkie es immerhin auf 21,4 Millionen Urstimmen gegenüber Roosevelts 25,7 Millionen gebracht hat, zeugt für das anhaltende tiefe Mißtrauen weiter Schichten des USA-Volkes gegen seinen Präsidenten. Denn der Wahlkampf war für die republikanische Partei und die Friedensfreunde äußerst schwer gewesen. Zunächst einmal hatten sie keinen Kandidaten, der einem Roosevelt gewachsen gewesen wäre. Wendell Willkie, der sich nie mit Politik befaßt und sich nur als origineller Geschäftsmann einen gewissen Namen gemacht

hatte, war ein ausgesprochener Verlegenheitskandidat. Dazu kam, daß Roosevelts demokratische Parteimaschine die verflossenen acht Jahre der Macht weidlich ausgenutzt hatte, um Millionen von Wählern an ihre Futterkrippe zu fesseln. Dazu kam ferner, daß die öffentliche Meinung in den letzten Jahren durch die skrupellose, umfassende Hetze des Rooseveltlagers schon so weitgehend vergiftet war, daß die Gegner des Präsidenten unter dem Druck eines wahren Terrors standen, der sie zu großer Vorsicht zwang.

Der überzeugendste Beweis dafür ist die erstaunliche Tatsache, daß weder Wendell Willkie noch die republikanische Partei es wagten, die Außenpolitik Roosevelts rückhaltlos anzugreifen und sich auf den Standpunkt zu stellen, daß England diesen Krieg selbst begonnen und genügend Sünden auf sein Haupt geladen hatte, so daß es nun selbst sehen mochte, wie es mit Deutschland zum Frieden kam. Wendell Willkie stimmte im wesentlichen den außenpolitischen Parolen Roosevelts zu, und seine Partei arbeitete im Wahlkampf lediglich mit der Abneigung des amerikanischen Volkes gegen die verschleierte Diktatur einer dritten Präsidentschaftsperiode. Damit allein war der Kampf gegen einen Mann von Roosevelts Schlauheit und Skrupellosigkeit nicht zu gewinnen.

Roosevelt versäumte nach seinem Wahlsieg keine Minute Zeit. Schon die Neujahrsbotschaft, die er am 6. Januar 1941 an den Kongreß richtete, war eine offene, unverblümte Kriegsrede, die mit den Worten schloß, daß Amerikas hohes Ziel der Sieg sei — der Sieg Englands. Nun hatte Roosevelt es nicht mehr nötig, vorsichtig zu sein, jetzt durfte er offen aussprechen, was er seit Jahren gedacht, geplant und zielstrebig verfolgt hatte. Endlich war er von allen innenpolitischen Fesseln befreit. Und nun konnte man mit den „peace mongers", den „Friedensschiebern", wie die rein amerikanisch Denkenden und Fühlenden heute in USA genannt werden, noch rücksichtsloser verfahren als bisher schon.

Senatoren und Abgeordnete. Erfinder und Pioniere, die ihrem Lande seit Jahrzehnten treu gedient oder zu seinem Ruhm in der Welt beigetragen hatten und jetzt noch wagten, die Kriegs-

politik des Präsidenten offen anzugreifen, wurden zu „Nazi-Agenten", zu „Hitler-Knechten", zu Mitgliedern der „Fünften Kolonne" gestempelt. Wer in Briefen an den Präsidenten Unerwünschtes schrieb, erhielt die Antwort von der... Kriminalpolizei mit der Mitteilung, daß sein Name auf die Liste der Verdächtigen gesetzt worden sei! Einem bekannten demokratischen Senator, also einem Parteigenossen Roosevelts, der das Englandhilfe-Gesetz im Parlament bekämpft hatte, warf die „New York Post" vor, daß er „Hitler 57 Tage verzögerter Englandhilfe bescheert" habe und der „Feldmarschall des Führers in der Schlacht um Washington" gewesen sei.

Und der Präsident selbst scheute sich nicht, in seiner Neujahrsbotschaft die Spionen- und Agentenpsychose zu fördern und zu schüren: „Gewiß", sagte er, „besteht keine Gefahr, solange die englische Flotte ihre Kampfkraft behält; und selbst wenn es keine englische Flotte mehr geben sollte, ist es nicht wahrscheinlich, daß ein Feind dumm genug wäre, Amerika durch Truppenlandungen über Tausende von Ozeanmeilen anzugreifen, solange er keine strategischen Stützpunkte hierfür erlangt hat. Aber die Erfahrung lehrt, besonders die Vorgänge in Norwegen, daß Seehäfen durch jahrelang vorbereiteten Verrat genommen werden können. Die erforderlichen Stützpunkte werden durch Geheimagenten und ihre einfältigen Handlanger besetzt werden, und eine große Zahl ist bereits hier unter uns und in Latein-Amerika! Solange die Aggressor-Nationen die Offensive behalten, werden sie und nicht Amerika Zeit, Ort und Methode des Angriffs bestimmen. Deshalb ist die Zukunft aller amerikanischen Republiken in ernster Gefahr." Es wäre geradezu eine Beleidigung für den Präsidenten Roosevelt, wenn man annehmen wollte, daß er auch nur ein Wort von dem selbst glaubte, was er hier seinem Volk zu erzählen wagte.

Erhebliche Schwierigkeiten machte den Kriegshetzern des Roosevelt-Lagers die ihnen immer wieder gestellte Frage, warum denn überhaupt die „Aggressor-Mächte" die amerikanische Halbkugel angreifen sollten. Die allgemeine Antwort Roosevelts, daß die bösen Diktatoren eben die „Weltherrschaft"

erstrebten, genügte auf die Dauer nicht. Man einigte sich infolgedessen hinter den Kulissen des Weißen Hauses auf eine Lesart, die wir mit den Worten des demokratischen Senators Wagner vom 4. März 1941 wiedergeben wollen: „Das England-hilfe-Gesetz ist die letzte Hoffnung des USA-Volkes, Frieden und Sicherheit ohne das Zwangsmittel des Krieges zu retten. Es wäre eine empörende Pflichtverletzung unserer Regierung, anzunehmen, daß die westliche Halbkugel nach dem deutschen Sieg über England vor einer Durchdringung und dem Angriff der totalitären Mächte sicher sei. Die Achsenmächte sowie Rußland haben sich zum Ziel gesetzt, die demokratische Regierungsform überall in der Welt zu vernichten. Falls England fällt, werden die Feinde der Demokratie auch einen Sieg über Amerika errungen haben, denn Amerika wäre dann zu militärischen Vorbeugungsmaßnahmen von einem Ausmaße gezwungen, das unseren Reichtum, unser Menschenmaterial, unsere Wirtschaft, unsere Lebenshaltung und vielleicht auch unsere Regierungsform unterwühlen, beeinträchtigen und gefährden würde. Die Strategie, die heute im Balkan angewendet wird, würde dann auch Südamerika unterwerfen, unzählige Luftstützpunkte würden dort entstehen und der Angriff auf den Panama-Kanal möglich werden. Die Achsenmächte würden einen schonungslosen Wirtschaftskrieg gegen die Vereinigten Staaten beginnen. Hitler würde Amerika die Kredithilfe genau so verübeln wie die Lieferungen von Kriegsmaterial."

Man beachte genau die Taktik Wagners: Der Angriff der jungen europäischen Mächte auf Amerika wird als selbstverständlich hingestellt und dabei geflissentlich verschwiegen, daß nicht einmal eine Spannung, geschweige denn ein Konflikt zwischen Europa und USA entstanden wäre, wenn die Roosevelt-Politik nicht seit Jahr und Tag ohne Zwang und Grund äußerste Feindseligkeit gegen das junge Europa gepredigt und bewiesen hätte. Und nun, nachdem die Atmosphäre gründlich vergiftet ist, wird jeder weitere Schritt näher an den Krieg heran mit der Behauptung als ungefährlich hingestellt, daß ja schon die früheren Schritte — wie z. B. die Warenlieferungen

— von Hitler so übelgenommen worden seien, daß praktisch gar nichts mehr zu verderben wäre; Hitler werde sich ja doch nach Kräften rächen. Solche talmudistischen Gaunertricks, von denen die Roosevelt-Politik dieser Jahre wimmelte, sind typisch für den Kreis der Freunde und Berater des Präsidenten, der ja zum größten Teil aus Juden besteht.

Hier drängt sich dem deutschen Leser die Frage auf, ob es denn unter den 130 Millionen Amerikanern wirklich keine mutigen Männer mehr gäbe, die das Kind beim Namen nennen und die Roosevelt-Politik zu entlarven wagen. Gewiß, es gibt solche Männer, und in den Kongreßdebatten über das Englandhilfe-Gesetz sind mannhafte und unverblümte Worte gesprochen worden. Wir verzichten auf die Wiedergabe der Namen und Zitate und beschränken uns auf einen Leitartikel der „Chikago Tribune" vom 26. Februar 1941, der die vielfältigen Hintergründe der Roosevelt-Politik treffend zusammenfaßt, und zwar an Hand der Mitgliederliste des berüchtigten „Ausschusses zur Verteidigung der Vereinigten Staaten durch Hilfe für die Alliierten".

„Bei flüchtiger Durchsicht der Namensliste", so schreibt die Chikagoer Zeitung, „entdeckt man nicht weniger als vier Teilhaber der New-Yorker Bankfirma J. P. Morgan. Roosevelt, der früher einmal diese und andere Angehörige der Plutokratie als selbstsüchtige wirtschaftliche Royalisten, als privilegierte Fürsten und als Personen brandmarkte, die aus Gewinnsucht dem amerikanischen Reichsadler die Flügel beschnitten, billigt heute deren Aktionen. Die großen Bankiers im amerikanischen Osten haben zwar internationale Einsätze von großer Bedeutung aufs Spiel zu setzen, aber noch wichtiger sind ihre internationalen gesellschaftlichen Verbindungen. Zwar gelten die Morgans in England, wo sie Zweigniederlassungen besitzen, bestenfalls als hervorragende Angehörige der oberen Mittelklasse und stehen unter der Aristokratie und weit unter dem König und dem Königshof. J. P. Morgan selbst aber erfreut sich der Freundschaft des Erzbischofs von Canterbury und darf mit ihm auf die Jagd nach schottischen Rebhühnern gehen. Morgans Standpunkt ist unvermeidlich der, daß England mit

seinem Kastensystem und seiner Hochkirche der eigenen amerikanischen Heimat, wo nur durchschnittliche Menschen leben, überlegen ist."

„Weitere Mitglieder des Ausschusses sind James Warburg und Frank Altschul, beides Vertreter großer Bankfirmen in Hamburg und in Paris, die seit hundert Jahren die Finanzen und die Politik Europas beeinflußten. Anstatt die Weltlage ausschließlich nach Amerikas Interessen zu beurteilen, greifen sie jede gegen ihre internationalen Zwecke gerichtete Opposition an. In die gleiche Kategorie gehört auch Frau Winthrop Aldrich, deren Ehemann kürzlich als Präsident der Chase-Nationalbank den Aktionären eröffnete, daß ein großes Finanzinstitut die Ermächtigungsvorlage Roosevelts billigen müsse. Eine weitere Gruppe, welche das Gesetz zur Verteidigung der Alliierten durch Aufopferung Amerikas unterstützt, ist die klerikale. Ihre prominentesten Vertreter wie der Bischof Manning betrachten die Kirche von England als die oberste Autorität für Amerikas Kirchenleben."

Die „Chikago Tribune" verlangt dann die Bloßstellung dieser religiösen und rassemäßigen Bindungen, damit die für Amerikas Sicherheit Verantwortlichen sich lediglich von den Interessen des USA-Volkes leiten lassen. Zur Gruppe der sogenannten Bindestrich-Amerikaner, die von fremdländischen Gefühlen beseelt werden, rechnet das Blatt auch den New-Yorker Oberbürgermeister Laguardia und ferner die Herren der New-Yorker Millionärstraße Park Avenue: „Sie sammeln heute für Britannien, um durch ihre gesellschaftliche Glanzstellung die empfänglichen Gemüter zu beeindrucken und die Volksvertreter zu zwingen, landfremde und für Amerikas Jugend tragische Ziele zu fördern. Um diese rührige Elite internationaler Bankiers und anderer Mitglieder des genannten Ausschusses scharen sich viele gleichgesinnte Elemente: Theater, Film und Rundfunk mit ihrer weitreichenden Propaganda, Leute, die glauben, Amerika sollte Deutschland wiederum eine andere Regierungsform aufzwingen, und wieder andere, die denken, Amerika sollte Deutschland völlig vernichten. Ferner gibt es Menschen, die Amerika für eine natür-

liche Untertanennation halten, die wirtschaftlich und geistig von England abhänge und für ihre militärische Verteidigung auf England angewiesen sei. Schmierige Magazine und Schreiber schmutziger Stücke setzen sich für die Verteidigung der Alliierten durch Aufopferung Amerikas ein, ferner Personen, die Pöstchen in den Kriegsorganisationen suchen, und andere, die bereit sind, die amerikanische Republik zu zerstören, wenn dadurch nur das britische Empire erhalten bleibt. Wiederum andere würden den Krieg begrüßen, weil sie glauben, er würde schon im dritten Amtstermin Amerika alles das bescheren, wozu Roosevelt sonst vier oder fünf Amtszeiten benötigen würde, nämlich ein anderes Regierungssystem, eine andere soziale und wirtschaftliche Ordnung."

Die „Tribune" — die übrigens, wie man aus obigen Zitaten ersieht, das Wort Judentum nicht auszusprechen, sondern nur zu umschreiben wagt — beschuldigt alle diese Personenkreise, durch Knebelung der Meinungsfreihenit und der Rednerfreiheit die Bevölkerung der amerikanischen Oststaaten eingeschüchtert und an der Bekundung entgegengesetzter Ansichten gewaltsam verhindert zu haben. Sozialer und finanzieller Druck werde auf alle Amerikaner ausgeübt, die gerne Amerikaner bleiben möchten, aber aus wirtschaftlichen und anderen Gründen schweigen müßten. Das sei Sabotage am Amerikanismus, die einmal ein unliebsames Aufsehen erregen werde, wenn nach nutzlos gebrachtem Opfer der Kongreß die Untersuchung einleite, um, wie nach dem Weltkrieg, die Schuldigen zu suchen. Die „Tribune" meint, Amerika könne sich glücklich schätzen, wenn dann die Untersuchung die betrogenen, hintergangenen und gepeinigten Menschen befriedigen werde, „ohne daß eine gewaltsame Vergeltung durch Selbsthilfe geübt wird".

Dieser Leitartikel des großen amerikanischen Blattes beantwortet unsere Frage nahezu restlos. Wer sich der Macht der Juden in Deutschland der Weimarzeit erinnert und sich vor Augen hält, daß in New York und im ganzen amerikanischen Osten der zahlenmäßige, finanzielle und politische Einfluß des Hebräertums noch um ein Vielfaches größer ist als damals bei uns, der weiß, warum die Stimmen der Ver-

nunft im heutigen Nordamerika ohnmächtig verhallt sind. Aber die „Chikago Tribune" hat auch wahrscheinlich recht, wenn sie ein furchtbares Erwachen voraussieht . . .

10. Schrankenlose Englandhilfe

Am 12. März 1941 hat das nordamerikanische Repräsentantenhaus das Gesetz der Englandhilfe mit 317 gegen 71 Stimmen endgültig angenommen, nachdem der Senat kurz zuvor sein Jawort gegeben hatte. Präsident Roosevelt unterzeichnete die Bill dann schon eine Viertelstunde später und verlieh ihr damit Gesetzeskraft. Das bedeutet, daß an diesem 12. März auch das zweite, durchlöcherte Neutralitätsgesetz vom November 1939, das Roosevelt damals als seine „klare und endgültige" Politik bezeichnet hatte, in den Papierkorb gewandert ist. Im Englandhilfe-Gesetz kommt der Begriff Neutralität überhaupt nicht mehr vor. Es heißt „Lend and Lease Bill", auf deutsch „Leih- und Pachtgesetz".

In seinem ersten Abschnitt zählt es als „Gegenstände, die der Landesverteidigung dienen", folgende auf: Waffen, Munition, Luftfahrzeuge, Schiffe und Boote, ferner Maschinen für die Erzeugung, Reparatur, Instandhaltung und Bedienung solcher Gegenstände, sowie Material und alle Einzelteile, aus denen diese Gegenstände bestehen. Danach kann also fast alles vom Präsidenten als ein der Landesverteidigung dienender Gegenstand bezeichnet werden. Im zweiten Abschnitt wird der Präsident beauftragt, die Außenpolitik des Landes dem Grundsatz gemäß zu gestalten, daß die Sicherheit der Vereinigten Staaten von der erfolgreichen Verteidigung der demokratischen Länder der übrigen Welt abhängig ist. Zu diesem Zweck erhält der Präsident die Ermächtigung, alle Gegenstände der Landesverteidigung aus den Beständen der USA-Wehrmacht, der Produktion der Rüstungsindustrie sowie auf irgendeine andere Weise beschafftes Material an jene Staaten zu verpachten, zu verleihen oder gegen andere Gegenstände einzutauschen, deren Verteidigung als lebenswichtig

für die USA anzusehen ist. Für diesen Zweck wird vorläufig ein Betrag von 1,5 Milliarden Dollar festgesetzt; für weitere an England abzutretende Kriegsmittel, die diese Summe überschreiten, muß der Bundeskongreß seine Zustimmung geben. Alle diese Vollmachten des Präsidenten gelten vorläufig bis zum 30. Juni 1943. Der Kongreß hat sich allerdings das Recht vorbehalten, sie vorher durch einfachen Mehrheitsbeschluß jederzeit widerrufen zu können.

Franklin D. Roosevelt hat damit tatsächlich Vollmachten erhalten, wie sie nie vor ihm ein amerikanischer Präsident besaß. Die Volksvertretung hat sich ihres größten Vorrechts, des Beschlusses über Krieg und Frieden, praktisch begeben: Es bleibt Roosevelt allein überlassen, welche Länder er als „für die Existenz der USA lebenswichtig" ansehen will. Er hat es nicht nötig, auf frühere gesetzliche Bestimmungen Rücksicht zu nehmen. Er hat das Recht, jeder von ihm zu bestimmenden fremden Regierung militärische und Staatsgeheimnisse der Vereinigten Staaten mitzuteilen; das ist ein besonders wichtiger Punkt, denn er gestattet es Roosevelt zum Beispiel, den amerikanischen Nachrichtendienst und die amerikanische Flotte für Spionage- und Spitzeldienste gegen die deutsche und italienische Wehrmacht zugunsten Englands einzusetzen. Er erhält durch das Gesetz auch die Ermächtigung, amerikanische Häfen und Werften für die Reparatur fremder Kriegsschiffe zu öffnen; setzen wir den Fall, daß ein englisches Kriegsschiff in einem Seegefecht von deutschen Streitkräften beschädigt und gejagt wird, so darf es nun in einem nordamerikanischen Hafen Zuflucht suchen, dort reparieren und zu neuen Kampfhandlungen aus diesem Schlupfwinkel wieder auslaufen, wann immer es ihm paßt.

Die isolationistischen Mitglieder des Kongresses haben alles versucht, solche und andere unmittelbare Gefahrenquellen der Kriegsverwicklung aus dem Gesetz durch Zusatzklauseln zu verbannen — sie sind gescheitert! Einer der Oppositionsführer traf deshalb den Nagel auf den Kopf, als er in der Senatsdebatte erklärte, daß das Englandhilfe-Gesetz dem Präsidenten die Vollmacht gebe, in der ganzen Welt einen

Krieg ohne förmliche Kriegserklärung zu führen. Und der greise Senator Hiram Johnson, der im Gegensatz zu Roosevelt und Hull einst auch den Versailler Vertrag und seine Ratifizierung durch die USA bekämpft hatte, faßte seine Meinung über das Lend and Lease-Gesetz in einer Rundfunkrede in die Worte „Schwindel, Betrug und Fallstricke!" zusammen; aber auch sein Appell an Amerikas Mütter und Väter, dem Präsidenten in den Arm zu fallen, blieb ungehört.

Die Regierung Roosevelt hat die Annahme des Englandhilfe-Gesetzes jedoch gar nicht erst abgewartet, sondern schon in den Monaten vorher eine Reihe von Handlungen begangen, die ihre „Neutralitätspolitik" zur Farce gemacht haben:

1. Obwohl auf der Panamerika-Konferenz von Panama im September 1939 eine 300-Meilen-Zone vereinbart worden war, in der die amerikanischen Staaten keine Kriegshandlungen der europäischen Mächte dulden wollten, erhob Washington kein Wort des Widerspruchs, als Engländer und Franzosen die holländischen Besitzungen in der mittelamerikanischen Inselwelt militärisch besetzten, eine Handlung, die zugleich der Monroe-Doktrin ins Gesicht schlug.

2. Washington schwieg auch, oder beschränkte sich — wie einst Wilson — auf schwache papierne Proteste, als englische Kriegsschiffe nicht nur innerhalb der 300-Meilen-Zone, sondern sogar innerhalb amerikanischer Hoheitsgewässer brutale Piratenakte gegen deutsche Handelsschiffe und gegen Deutsche auf amerikanischen Schiffen verübten.

3. Wir haben gute Gründe zu der Annahme, daß Kriegsschiffe und Flugzeuge der USA schon 1940 im Atlantik Spitzeldienste für die englische Flotte in ihrem Kaperkrieg gegen deutsche Schiffe geleistet haben, ja, daß sie ihrerseits deutsche Blockadebrecher in neutrale Häfen zurückscheuchten oder zur Selbstversenkung brachten. Im Falle des Lloyd-Dampfers „Columbus" steht das bereits auf Grund amerikanischer Quellen eindeutig fest.

4. Das Tauschgeschäft zwischen amerikanischen Zerstörern und englischen Stützpunkten hat praktisch bereits zu einem

„Kondominium“, d. h. zur gemeinsamen Benutzung militärisch wertvoller Inseln geführt.

5. Die Beorderung amerikanischer Schiffe zur Heimholung amerikanischer Bürger durch besonders kriegsgefährdete Meereszonen roch verdächtig nach einer Provokation übelster Art.

6. Ende Juli 1940 hat der USA-Kreuzer „Vincennes“ eine große Menge französischen Staatsgoldes von Casablanca nach Amerika geschafft, um es dem Zugriff deutscher Seestreitkräfte zu entziehen.

7. Das mit amerikanischen Geldern aufgestellte, mit amerikanischen Maschinen ausgerüstete und mit amerikanischen Besatzungen bemannte „Adler-Geschwader“ hat über englischem Boden aktiv in Kampfhandlungen eingegriffen und bereits seinen ersten Toten gefeiert.

8. Seit Monaten schon fliegen amerikanische Piloten von England gekaufte amerikanische Maschinen nach Kanada hinüber, obwohl das durch das zweite Neutralitätsgesetz verboten war.

9. In Texas und Florida werden kanadische Piloten auf amerikanischen Flugplätzen ausgebildet, um die Fliegerschulen Kanadas und Englands zu entlasten.

10. Amerikanische Botschaften und Gesandtschaften in Europa stehen im dringenden Verdacht, alle Arten von militärisch wichtigen Nachrichten England über Washington zuzuleiten. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Zahl der amerikanischen Waffenattachés in Europa seit Kriegsbeginn sprunghaft vermehrt worden ist. Die „New York Post“ schrieb vor einiger Zeit ganz offen, daß Hull die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland nur deshalb nicht abbreche, weil England dadurch „wertvolle Horchposten im Reich“ verlieren würde.

11. Die USA-Diplomatie entfaltete in vielen neutralen Ländern eine emsige Tätigkeit, um die Regierungen dieser Länder gegen Deutschland „fest zu machen“. Roosevelt entsandte seine Leute aber auch nach England selbst (Hopkins,

Donovan, Willkie), um das englische Volk öffentlich zu weiterem Widerstand zu ermuntern. Damit durchbrach er gleichzeitig — über die normalen diplomatischen Notwendigkeiten hinaus — das Gesetz, daß kein USA-Bürger die Kriegszone betreten dürfe.

12. Ohne jede Notwendigkeit, und gegen die frühere Uebung fliegen die amerikanischen Clipper-Postflugzeuge regelmäßig die englischen Bermuda-Inseln an, um den Briten die Durchschnüffelung der gesamten amerikanischen Europa-Post zu ermöglichen. Proteste amerikanischer Handelskammern dagegen und ihre Bitten, die Europa-Post doch auf dem sicheren ungestörten Weg über den Stillen Ozean und Sibirien zu befördern, wurden von Roosevelts Außenministerium strickt abgelehnt.

13. Seit Monaten werden deutsche Personen, deutsche Unternehmungen und deutsche Amtsstellen in USA in jeder Weise von den amerikanischen Behörden schikaniert und zum Teil unter Anwendung der schlimmsten USA-Polizeimethoden (Third Degree) verfolgt.

Wenn man alle diese und manche andere Vorgänge kennt, dann wird man über das angelsächsisch-jüdische Triumpfgeschrei, das am Tage der Annahme des Englandhilfe-Gesetzes eine „neue" nordamerikanische Außenpolitik begonnen habe, nur lächeln können. Wir wissen, daß die Regierung Roosevelt schon bisher alles Mögliche getan hat, um England zu helfen und die Achsenmächte zu schädigen. Und wir sind gut darüber unterrichtet, welches Maß von Hilfe Britannien in näherer und fernerer Zukunft von der nordamerikanischen Plutokratie erwarten und nicht erwarten kann. Schon Anfang 1941 hat der Führer klipp und klar erklärt: „Wir haben jede Möglichkeit von vornherein einkalkuliert, die überhaupt denkbar ist, sie nüchtern abgewogen und in Rechnung gesetzt. Wer glaubt, England helfen zu können, muß eines auf alle Fälle wissen: Jedes Schiff, ob mit oder ohne Begleitung, das vor unsere Torpedorohre kommt, wird torpediert."

Mehr haben wir zur jüngsten Etappe der Kriegspolitik Franklin D. Roosevelts nicht zu sagen.

Schlußwort

Roosevelts Herkunft, sein Charakter und seine Umgebung, zusammen mit der Machtstellung des Judentums in den Vereinigten Staaten, haben das „amerikanische Rätsel" weitgehend gelöst. Aber immer noch sträubt sich der gesunde Menschenverstand eines Europäers gegen die Erkenntnis, daß ein großes Volk sich zum zweitenmal in einem Menschenalter Wege führen läßt, die zweifellos in einem noch größeren materiellen und moralischen Katzenjammer enden werden als das Weltkriegs-Abenteuer Woodrow Wilsons. Man hat deshalb oft die Frage aufgeworfen, ob Franklin Roosevelt und seine Regierung nicht in Wirklichkeit einfach amerikanische Machtpolitik trieben, wobei ihnen England nur Mittel zum Zweck sei. Diese Annahme liegt besonders nah, wenn man aus amerikanischen Zeitungen und Reden, ja, aus Roosevelts eigenem Munde, immer wieder vernimmt, daß die Englandhilfe in erster Linie den Zweck habe, Amerika eine Atempause für die Vollendung seiner Rüstungen zu verschaffen, daß England nur die westliche Vorpostenstellung der Vereinigten Staaten sei. Ist es nicht vielleicht sogar so, daß der amerikanische Präsident sich nur deshalb so innig mit Britannien verbindet, um aus dem Zusammenbruch des britischen Empire ein möglichst großes Stück für sein eigenes Land zu ergattern? Hat nicht auch Churchill den Gedanken einer Verschmelzung beider angelsächsischer Reiche offen genug als wahrscheinlich und sogar als wünschenswert hingestellt?

Daß die britische Plutokratie unter Churchills Führung mit diesem Gedanken ernsthaft spielt, steht fest. Sie sagt sich folgendes: Falls es uns gelingen sollte, mit Hilfe Amerikas doch noch mit heiler Haut aus diesem Kriege herauszukommen, um so besser! Gelingt uns das aber nicht, dann haben wir, d. h. die plutokratische Oberschicht, uns eine Anwartschaft darauf erworben, im kommenden anglo-amerikanischen Rumpfreich ein gewichtiges Wort mitzureden und „das Leben, das wir lieben", weiterzuführen, auch wenn die Hauptstadt dieses Reiches künftig Washington heißt. Diese Ueberlegung ist vom Standpunkt eines skrupellosen Glücksritters wie

Winston Churchill durchaus begreiflich. Vom amerikanischen Standpunkt aus aber ist sie falsch.

Wenn es Roosevelt wirklich nur auf den Profit aus dem englischen Zusammenbruch ankäme, dann hätte er mit seiner Kriegspolitik einen höchst törichten Weg eingeschlagen. Denn dann wäre es klüger gewesen, sich mit den jungen Mächten Europas gut zu stellen und nach Kriegsende einfach Kanada und vielleicht — nach Herstellung freundlicher Beziehungen zu Japan — sogar auch Australien einzustecken. An den übrigen Teilen des britischen Empire kann Amerika kein Interesse haben. Gestützt auf die gewaltigen Rohstoff- und Lebensmittelquellen Nord- und Südamerikas hätte die Westliche Halbkugel dann im Frieden ausgezeichnete Handelspartner im erneuerten Europa und Asien gefunden. Statt dessen aber stürzt dieser Präsident sein Land in eine ungeheuere und kostspielige Anstrengung, die es von jenem Ziel künstlich entfernt, verfeindet es mit sämtlichen jungen Großmächten und schafft damit alle Vorbedingungen für eine vollständige Isolierung Amerikas nach dem Kriege. Die Vorposten- und Erbschafts-Rechnung geht also nicht auf!

So schwer es einem normalen Kopf auch fällt — wir müssen uns mit der Tatsache befreunden, daß das national noch unfertige amerikanische Volk wirklich nur deshalb diesen irrsinnigen Roosevelt-Weg gehen muß, weil ein übermächtiger Klüngel von politischen und finanziellen Machthabern in der Rettung der Judäo-Demokratie angelsächsischen Gepräges seine Lebensaufgabe sieht. Wir haben in dieser Schrift den New Yorker Judenkreis gezeigt, aus dem der Politiker Franklin D. Roosevelt hervorgegangen ist. Wir haben seit acht Jahren die ungeheueren Bemühungen des internationalen Judentums, aus den Vereinigten Staaten ihre große Festung zu machen, miterlebt. Und jetzt, im Frühjahr 1941 hörten wir, daß das Englandhilfe-Gesetz von Bundesrichter Felix Frankfurter juristisch entworfen, von Finanzminister Henry Morgenthau jr. finanzpolitisch untermauert, von Kriegsindustrieberater Bernard Baruch, Churchills altem Freund und Geldgeber, industriell durchgearbeitet und vom Abgeordneten Sol Bloom im Repräsentantenhaus eingebracht worden ist..

Roosevelts Politik bietet keine Rätsel mehr.



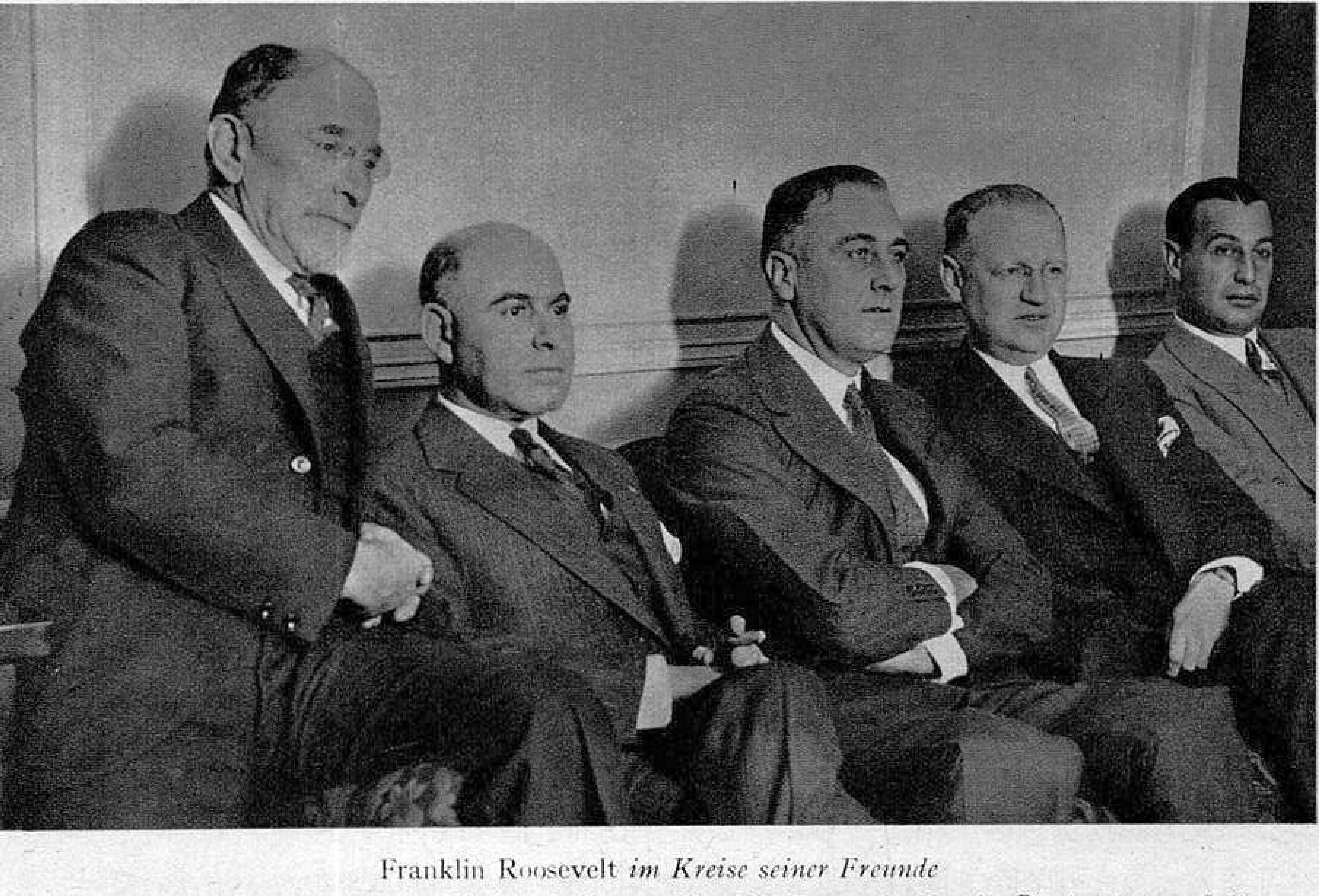
Präsident Franklin Delano Roosevelt



Das „Weiße Haus" zu Washington,
die Amtswohnung des Präsidenten



Roosevelt *unterzeichnet eines seiner Gesetze*

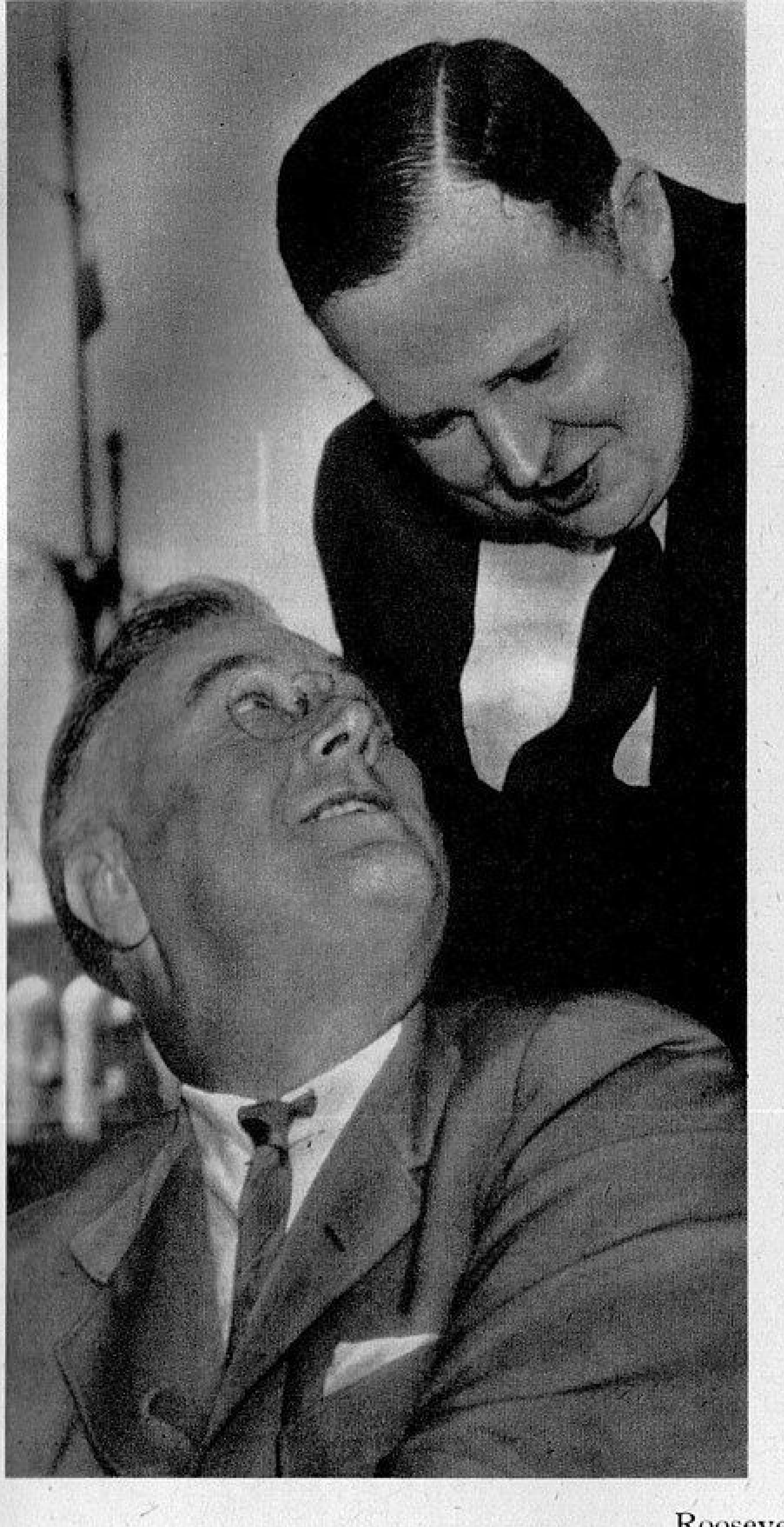


Franklin Roosevelt *im Kreise seiner Freunde*

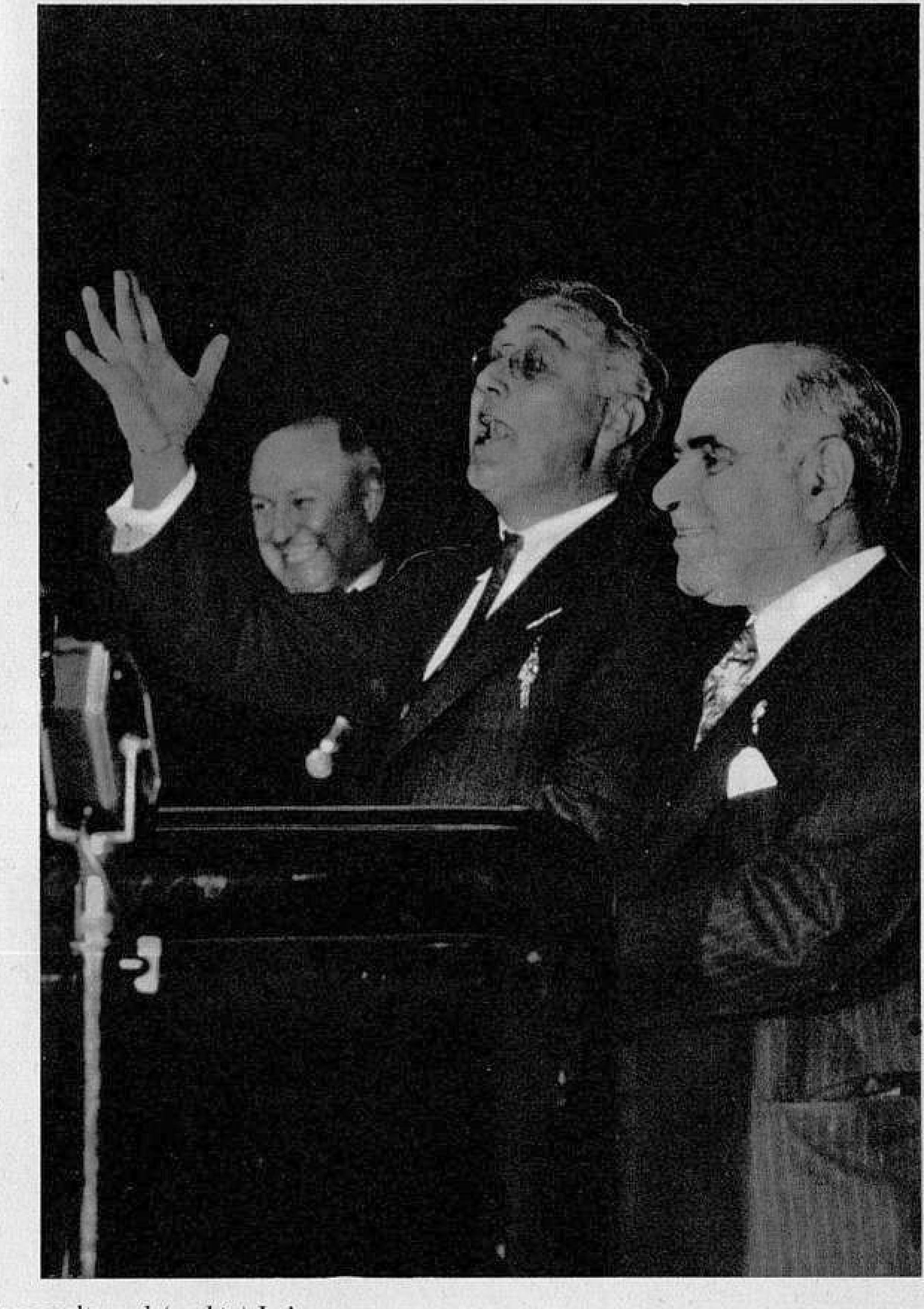
Von links: Henry Morgenthau senior, Herbert Lehmann, Franklin Roosevelt, Maurice Bloch, Howard Cullmann



Das „Kapitol“ in Washington — das Parlamentsgebäude der USA.



Roosevelt *und* David Scholtz,
Gouverneur des Staates Florida

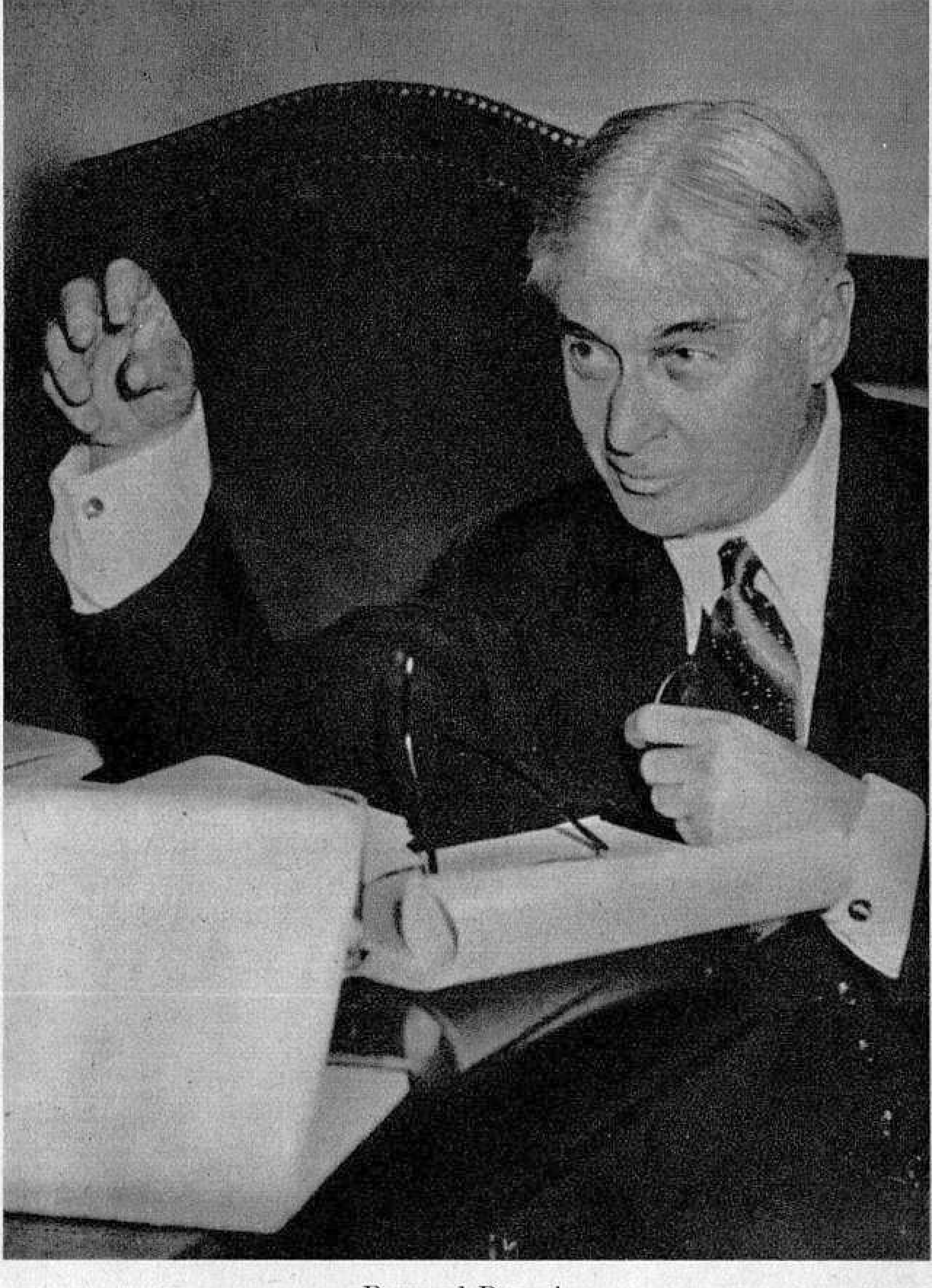


Roosevelt *und (rechts)* Lehmann,
Gouverneur des Staates New York

Roosevelt *und* Samuel Roseman,
der ihn bei der Verfassung von Reden unterstützt



Benjamin Cohen,
Roosevelts langjähriger Privatsekretär, jetzt der amerikanischen Botschaft in London als Vertrauensmann des Präsidenten zugeteilt



Bernard Baruch,

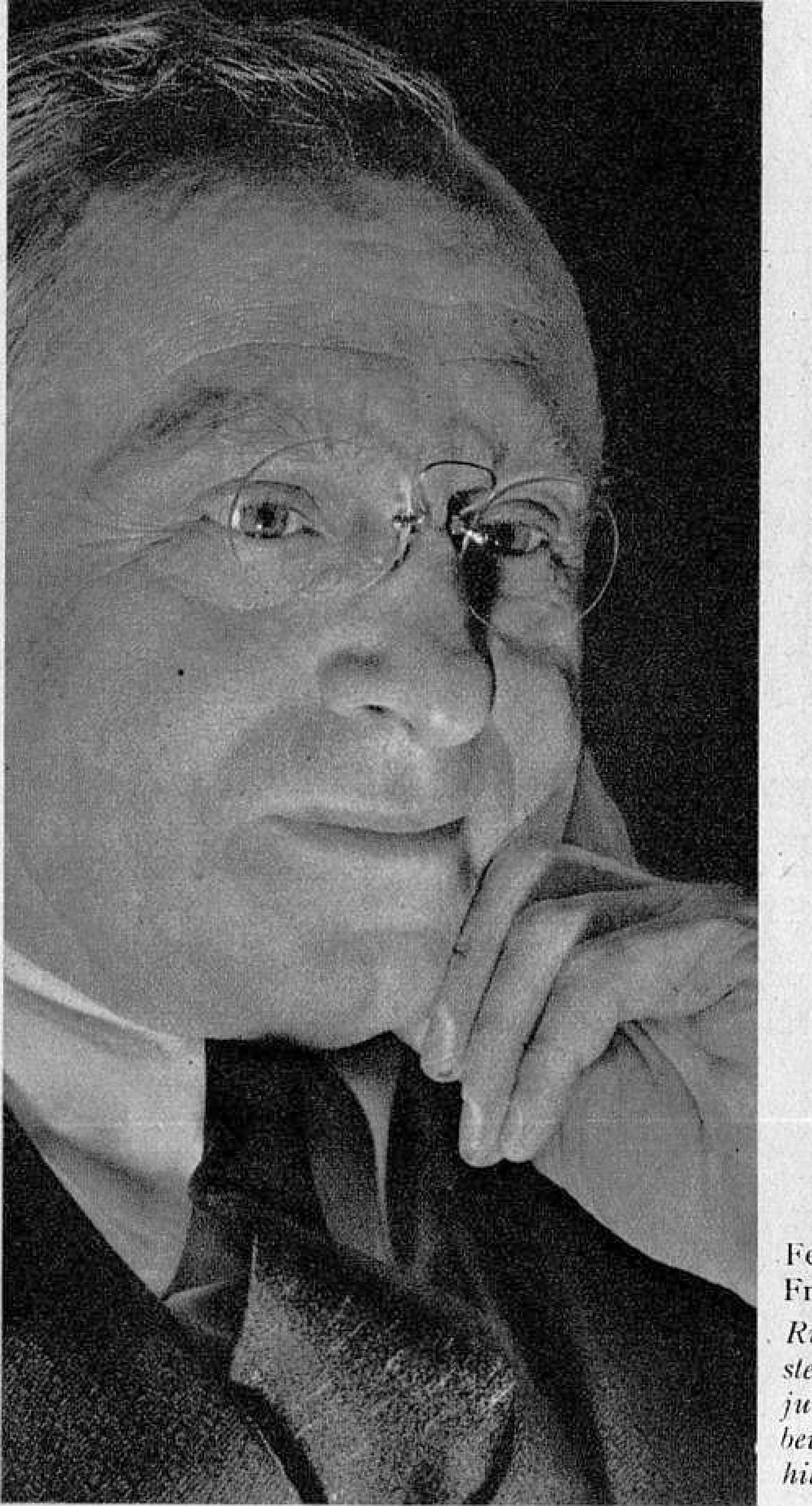
einer der größten Kriegsgewinnler aus dem Weltkrieg, ist jetzt intimer Berater des Präsidenten für die Kriegsindustrie



Saul Blum *(Sol Bloom)*,
führender Abgeordneter der Demokratischen Partei, brachte das Englandhilfe-Gesetz im Repräsentantenhaus ein



Henry Morgenthau junior,
Finanzminister der USA.



Felix Frankfurter,
Richter am Obersten Bundesgericht, juristischer Bearbeiter des Englandhilfe-Gesetzes



Samuel Untermyer,
Vorsitzender des „Anti-Nazi-Boykottausschusses", hat Roosevelts Wahl im Jahre 1932 mit einer Spende von 7000 $ unterstützt



Die „Erste Dame“ der USA.
Eleanor Roosevelt spricht auf einer Versammlung von Negerinnen über die Unkultur der Nazis



Roosevelts Mutter *und* Laguardia,
der halbjüdische Oberbürgermeister von New York



Eleanor *und* Franklin Roosevelt
zeigen sich dem Volk



Roosevelts Schreibtisch im „Weißen Haus"

Die bunte Sammlung von „Souvenirs" und anderem Kitsch auf dem Arbeitstisch des Präsidenten zeugt für dessen Geschmack und Kultur . . .



Roosevelt *auf einem Kriegsschiff*

Im Schatten der großen Kanonen und Admirale fühlt sich der Präsident besonders wohl



Am Teetisch im Hause Lehmann

Von links: Frau Roosevelt, Lehmann, Roosevelt, Frau Lehmann



Außenminister Hull *und seine jüdische Frau*



Dies ist Bullitt



Lord *und* Lady Halifax
an Bord des Schlachtschiffes „King George V.“ auf der Fahrt nach USA.



King
und Präsident

George VI. bei seinem Besuch in Washington im Jahre 1939



„Wir von den Vereinigten Staaten sind ein Volk, das vor Gott im Lichte der Menschheit wandelt."

Roosevelt vor dem Kongreß am 21. September 1939

Schriftenreihe der NSDAP.

In obiger Schriftenreihe erschien vom gleichen Verfasser:

Wie sieht uns der Engländer?

Von Theodor Seibert

Preis RM 0.80

Zentralverlag der NSDAP. Franz Eher Nachf. GmbH., Berlin